
Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

Samstag, 24. Februar 2024, in Grand-Saconnex

Vorsitz: Rebekka Wyler, Tom Cassee (Generalsekretariat SP Schweiz)

Protokoll: Sophie Glaser und Jonas Bischofberger

Anwesend: 400 Delegierte, rund 50 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

Der gesamte Parteitag wurde live gestreamt und ist unter folgendem Link zu finden:

<https://www.youtube.com/watch?v=pdonap43tuk>

1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Der Parteitag wird von Rebeka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz, eröffnet.

Es folgt ein Grusswort von Sami Kanaan, Mitglied der Genfer Stadtregierung.

Sami Kanaan begrüsst alle Genoss:innen. Genf hat zu kämpfen mit der Wohnungskrise, dem Lohndumping und mit den Folgen der Klima-Katastrophe. Genf ist eine internationale Stadt von grosser Wichtigkeit. Viele Städte im Kanton sind politisch links gestrickt und kämpfen gegen die Diskriminierung und für alle Alters- und Gesellschaftsklassen. Auch in der Stadt Genf gibt es eine populistische Rechte, die aufgestiegen ist. Die Sozialdemokrat:innen sind aber gut in Form – siehe Wahlen 2023. Als Sozialdemokrat aus Genf sorgt sich Sami Kanaan um die populistische Rechte bzw. deren Rhetorik. Die Bevölkerung darf sich davon nicht einlullen lassen. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit Referenden etc. dagegen kämpfen. Sami Kanaan bedankt sich bei allen, die sich engagieren. Die nächsten Jahre werden ein harter Kampf, dies auch im Hinblick auf die internationale Entwicklung – Rechtspopulismus ist in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Den sozialen Kampf dürfen wir nicht einstellen – wir müssen uns vereinen und siegen. Es lebe der demokratische Sozialismus und unsere progressive Sozialdemokratie.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Rebekka Wyler stellt das Gender-Watch-Protokoll des Parteitags vom 26. August in Biel vor.

Es gab zwar mehr Stimmen von Männern, aber die Rede-Zeit war sehr ausgeglichen. An dem Thema wird drangeblieben.

Fotos werden im Bildarchiv der SP Schweiz zur Verfügung gestellt. Personen, die nicht auf Fotos abgebildet werden wollen, können das melden.

Entschuldigungen Präsidium:

- Jon Pult – er ist an der Solidaritätsdemo für die Ukraine in Bern
- Vize-Präsidentin Jacqueline Badran

Genehmigung der Geschäftsordnung

Redezeitbeschränkung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags gilt eine Redezeitbeschränkung von drei Minuten, bei der Behandlung des Positionspapiers «Armut statt Armutsbetroffene bekämpfen» unter Traktandum 8 gilt eine Redezeitbeschränkung von zwei Minuten.

Redner:innenliste

Es gibt keine Beschränkung der Redner:innenliste.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf eines Traktandums müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden. Ordnungsanträge können kurz begründet werden. Dann gibt das Präsidium eine Stellungnahme ab, danach wird abgestimmt.

Wortmeldezettel

Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden, dies gilt auch für die Antragstellenden.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl der Stimmzähler:innen

Die Liste mit den Namen wird vorgelesen.

Stimmzähler:innen	Stellvertretungen
Sandro Covo	Noam Schaulin
Gian Luca Bonanomi	Jasha Harke
Jonas Keller	Felix Hoesch
Jan Giroud	Jean-Luc Cressier
Arthur Heller	Carlo Lepori
Anna Tanner	Momo Abdirahim
Ursula Blaser	Barbara Fas
Urs Joller	Romuald Siess

Beschluss des Parteitags: Die Stimmzähler:innen werden gemäss vorgelesener Liste gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Karin Mader und Andreas Weibel werden vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt.

Genehmigung definitive Traktandenliste (Seite 3 und 4 der Schlussdokumentation)

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt.

3. Protokoll des Parteitags vom 26. August 2023 in Biel

Das Protokoll des Parteitags vom 26. August 2023 in Biel wurde im Internet publiziert (www.spschweiz.ch/genf2024). Danke an Nino Breiter und Pia Wildberger fürs Verfassen.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird genehmigt.

4. Begrüßungsrede Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz

Mattea Meyer begrüsst die Genossinnen und Genossen zum Parteitag: Letzte Woche klingelte das Telefon, als ich an der Sonne am Mittagessen war. Ich habe trotz unbekannter Nummer abgenommen, das mache ich selten. Am anderen Ende war eine ältere Frau, die ich nicht gekannt habe. Sie hat schon beim ersten Satz geweint und erzählt, dass sie sehnlichst hoffe, es gebe endlich eine 13. AHV-Rente. Weil alles teurer werde und die Rente nicht reiche. Am Ende des Gesprächs habe ich dieser Frau ein Versprechen gegeben. Ich habe ihr versprochen, dass wir in den nächsten Tagen nochmals alles geben werden, um den Kaufkraftverlust auszugleichen und ein Ja am 3. März zu schaffen. Ich habe ihr das versprechen können, weil ich weiss: Wir haben uns in den vergangenen Wochen mit unglaublichem Einsatz engagiert, und wir werden das bis zum Abstimmungssonntag weiter tun. Wir werden bis zum Schluss jeden vergesslichen Freund und jede unzuverlässige Freundin daran erinnern, abstimmen zu gehen. Gemeinsam kämpfen wir um jede einzelne Stimme für eine anständige Rente, herzlichen Dank euch allen dafür! Doch machen wir uns nichts vor: Die Gegner werden in den letzten Tagen noch richtig viel Geld ausgeben, um die Stimmberechtigten zu verunsichern. Sie schrecken dabei auch nicht vor fadenscheinigen Argumenten zurück.

Diejenigen, die Nein sagen zur 13. AHV-Rente und behaupten, stattdessen die Ergänzungsleistungen für bedürftige Rentnerinnen und Rentner ausbauen zu wollen, sind nämlich die gleichen, die die Ergänzungsleistungen auf den 1. Januar 2024 um 400 Millionen Franken

gekürzt und den Bezug erschwert haben. Diejenigen, die mit dem Giesskannenargument kommen und sagen, Sergio Ermotti brauche keine zusätzliche Rente, sind die gleichen, die genau diese Top-Manager seit Jahren ungestört abzocken lassen.

Diejenigen, die warnen, der Mittelstand und die Familien würden die Kosten tragen müssen, sind die gleichen, die in ein paar Monaten nichts von einer Prämientlastung wissen wollen. Und *die* fünf Alt-Bundesräte, die in einem Brief an hunderttausende Rentnerinnen und Rentner die 13. AHV-Rente als «brandgefährlich» bezeichnet haben, sind die gleichen, die auf ihre fürstliche Rente von 20'000 Franken einen Teuerungsausgleich erhalten, der höher ist als die 13. AHV-Rente!

Liebe Genossinnen und Genossen, Ergänzungsleistungen sind kein Allerheilmittel, sie sind für Notlagen da. Pensionierte sollen im Regelfall nicht zu Bittstellern werden müssen, weil ihre Rente nicht reicht. Seien wir ehrlich: Es stört die Bürgerlichen nicht, dass Sergio Ermotti eine 13. Rente erhalten könnte. Es stört sie, dass ER dafür ZAHLEN muss. Deshalb sind sie dagegen.

Wenn ihnen die Familien wirklich am Herzen liegen würden, könnten sie für mehr Prämientlastung und bezahlbare Wohnungen sorgen. Tun sie aber nicht.

Und ja, bürgerliche Alt-Bundesräte ohne Geldsorgen sind vielleicht nicht die richtigen Absender, um Rentnerinnen und Rentnern ein schlechtes Gewissen zu machen, wenn sie für sich eine bessere Rente wollen.

Demander une retraite digne pour toutes et tous n'a rien à voir avec le « populisme ». C'est une question de respect pour les gens qui ont travaillé toute leur vie, qui se sont occupés de leurs enfants et qui ont construit les fondations de notre société sur lesquelles nous pouvons nous appuyer aujourd'hui. Personne ne devrait avoir à se soucier, une fois en âge de retraite, de savoir si elle ou il pourra payer sa facture de prime maladie ou si offrir un café à une amie est encore possible. C'est justement ce respect qui manque lorsque la majorité bourgeoise ne se soucie pas que six pour cent des primes en plus, ou cent francs de loyer en plus posent un problème énorme aux gens alors que les salaires et les rentes ne suivent pas.

Il est où ce respect pour les gens lorsqu'il s'agit de logements abordables, de rentes dignes ou de primes plus basses ? À chaque fois on nous répond qu'il n'y a pas d'argent – alors qu'il y en a toujours pour les banquiers ou le chef de l'armée. Et ce respect manque surtout pour les personnes touchées par la pauvreté. En Suisse, un pays riche, sept cent cinquante mille personnes sont touchées par la pauvreté, dont cent trente mille enfants. Un ménage sur cinq ne peut pas faire face à une dépense à court terme de deux mille cinq cents francs. Tristement, derrière tous ces chiffres et ces francs, il y a des personnes. Des personnes qui ne pourront jamais passer une soirée au restaurant avec leurs amis. Des retraitées qui doivent supporter des douleurs dentaires parce qu'une visite chez le dentiste est trop chère. Des parents qui doivent dire non à leurs enfants chaque fois qu'ils veulent aller à la piscine avec des amis.

Des jeunes qui restent silencieux pendant que leurs amis leur racontent les dernières vacances.

Les actifs qui craignent d'ouvrir leur courrier, par peur d'y trouver de nouvelles factures. Les chômeurs qui doivent subir des dévalorisations. Ou des personnes étrangères qui évitent à tout prix de demander l'aide sociale, par peur de perdre leur statut de séjour.

La pauvreté n'est pas une loi de la nature. C'est une conséquence de décisions politiques. Les cantons diminuent les réductions de primes, le camp bourgeois refuse d'imposer un plafond de profit pour les loyers. Les salaires minimaux sont bloqués, les allocations familiales diminuent en fonction du pouvoir d'achat. Il faut être clair : cette politique irrespectueuse envers la population Suisse doit prendre fin ! Nous pouvons faire davantage pour les personnes en situation de pauvreté pour qu'elles puissent vivre une vie digne. Par exemple, les salaires minimaux, les places de crèche et les loyers abordables, les prestations complémentaires pour les familles, les bourses d'études, les réductions de primes, les rentes d'aide sociale et les rentes d'invalidité plus élevées – toutes ces mesures concrètes ne servent pas à assurer la survie mais à permettre de participer à la vie sociale. En bref : les personnes en situation de pauvreté méritent également de pouvoir vivre une vie digne. Et pour cela, nous devons nous engager à lutter contre la pauvreté et non contre les personnes pauvres !

Die grösste Krise, vor der weltweit, aber auch in der Schweiz Armutsbetroffene wiederum am stärksten betroffen sind, ist die Klimakrise. Sie schreitet in beängstigend schnellen Schritten voran – 2023 war das wärmste je gemessene Jahr; und letzten Monat erlebten wir den wärmsten Januar seit Aufzeichnung. Profitgierige Konzerne machen fleissig weiter mit der Zerstörung unseres Planeten und Superreiche jetten mit Privatjets um die Welt, wie wenn es nicht längst schon fünf vor zwölf geschlagen hätte. Und die SVP wird mit Marcel Dettling in Kürze einen Klimaleugner zum Präsidenten wählen und weiterhin gegen jeden einzelnen Schritt sein, um den Klimaschutz zu stärken.

Doch auch das können wir besser. Die Klimakrise bewältigen wir nur gemeinsam. Am vergangenen Donnerstag haben wir gemeinsam mit den Grünen und weiteren Verbündeten die Klimafonds-Initiative eingereicht. Es braucht jetzt öffentliche Investitionen in den Ausbau von erneuerbaren Energien, in die Biodiversität und in die Versorgungssicherheit. Nur so kommen wir endlich aus unserer Abhängigkeit von Öl und Gas, die nicht nur klimaschädlich, sondern auch eine Gefahr für unsere Demokratie ist. Der Ukraine-Krieg hat vor Augen geführt, wie abhängig wir von Regimen wie dem von Putin sind – das muss aufhören.

Liebe Genossinnen und Genossen, heute vor zwei Jahren griff Putin die Ukraine an. 730 Tage, an denen Zehntausende getötet wurden, Millionen ihr Zuhause verloren haben und russische Oppositionelle wie Nawalny getötet werden. 730 Tage, an denen die Menschen in der Ukraine ihre, unsere Freiheit gegen ein autoritäres, menschenverachtendes Regime verteidigen – ihnen gehört weiterhin unsere volle Solidarität! Doch die Ukraine ist leider längst nicht der einzige Krisenherd – es gibt unzählige davon auf der ganzen Welt. Im Nahen Osten herrscht ein Konflikt, der fassungslos macht. Für die Gräueltaten, die sexualisierte Gewalt und die Geiselnahmen der Hamas gibt es keine Rechtfertigung. Für die Angriffe, Bombardierungen und die Zerstörung des Zuhauses von zwei Millionen Palästinenserinnen und Palästinensern durch die israelische Armee gibt es ebenso keine Rechtfertigung. Im Gaza-Streifen wird alle zehn Minuten ein Kind getötet, über eine Million Kinder leiden Hunger, gehen nicht zur Schule und haben keinen, wirklich keinen sicheren Ort, an den sie hin-

gehen können. Mit diesem Albtraum muss Schluss sein. Es braucht sofort einen Waffenstillstand, um dieses Blutvergiessen zu beenden, humanitäre Hilfe leisten zu können und eine Basis für Friedensverhandlungen zu schaffen. Die Kriegsverbrechen müssen verfolgt und endlich die Kräfte gestärkt werden, die für Menschenrechte, Demokratie und einen nachhaltigen und gerechten Frieden eintreten!

Liebe Genossinnen und Genossen, angesichts schrecklicher Konflikte, wachsender Ungleichheit und der voranschreitenden Klimakrise haben wir die Wahl zwischen «die Hoffnung verlieren» und «die Hoffnung sein». Mit unserer Entscheidung, Teil der SP zu sein, haben wir alle die Hoffnung gewählt. Und mit uns haben das hunderttausende Menschen in der Schweiz gemacht, die uns am 22. Oktober ihre Stimme gegeben haben. Sie haben die SP gewählt, damit wir uns für eine soziale Schweiz und Welt einsetzen, damit wir den Klimaschutz stärken, die Gleichstellung voranbringen und uns darum kümmern, dass die Leute genug Geld im Portemonnaie haben. Und wenn wir auf den Sommer schauen, kommt vieles auf uns zu. Mit der Prämienentlastungs-Initiative haben wir die Möglichkeit, dass Familien, Rentnerpaare und Alleinstehende mit wenig Einkommen spürbar entlastet werden und ihre Prämie gedeckelt wird. Und mit dem Stromgesetz machen wir einen weiteren, wichtigen Schritt, um die Klimaziele erreichen zu können. Aber vor all dem haben wir noch etwas zu tun: Das Versprechen zu erfüllen, das ich vor einer Woche der älteren Frau am Telefon gemacht habe, die ihre Hoffnung in uns und unser Engagement für die 13. AHV-Rente gesetzt hat. Danke!

5. Politische Aktualitäten

Gedenk-Akt zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine.

Rebekka Wyler: Heute vor genau zwei Jahren ist Russland in die Ukraine einmarschiert. Viele von uns können uns noch an diesen Morgen erinnern. Heute dürfen wir Radoslaw Tyszko begrüßen, Vertreter des ukrainischen Vereins.

Radoslaw Tyszko: Heute stehe ich im Namen aller ukrainischen Organisationen der Schweiz vor Ihnen. Trotz unserer Unterschiede sind wir alle vereint. Wir wollen mehr schweizerische Hilfe für die Ukraine. Russland ist für alle Länder eine Gefahr, die an Demokratie, Freiheit und Fortschritt glauben. Die Ukraine und die Schweiz sehen sich also derselben Gefahr gegenüber. Die schweizerischen Nachrichtendienste sagen, dass Russland heute die grösste Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz darstellt. Deshalb müssen wir eine adäquate Antwort finden. Die Ukraine wollte nie Krieg. Aber sie will für Werte kämpfen, bis zum Ende. Was die Schweiz tun muss:

1. Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft
2. Bekämpfung der Aushebelung der Sanktionen durch Drittstaaten
3. Die Herkunft der Vermögen von Personen untersuchen, welche bereits sanktioniert werden
4. Die in der Schweiz gesperrten Gelder der russischen Zentralbank an die Ukraine weiterleiten

5. Keine gemeinsamen kulturellen Veranstaltungen (Opern, Konzerte, Ballette) mit regimennahen Personen billigen
6. Den Holodomor als Völkermord anerkennen

Die Schweiz und auch die SP sollen die Ukraine weiterhin unterstützen und sich für sie einsetzen. Die Ukrainer:innen in der Schweiz fordern alle dazu auf, tapfer zu sein, in den Parlamenten, in den Räten, in den Städten.

6. Legislatur 2023 - 2027

Rückblick auf die vergangene Legislatur und Ausblick auf die Legislatur 2023-2027 mit Samuel Bendahan:

Die letzten Jahre waren aussergewöhnlich – im positiven als auch im negativen Sinne. In der letzten Legislaturperiode gab es viele Krisen (Covid, Ukraine, Energieversorgung, CS-Crash...) – jede dieser Krisen hat die SP-Politik symbolisiert. Unserem Slogan “Wir ergreifen Partei für eine soziale Schweiz” sind wir treu geblieben. Darin enthalten sind die drei Kernthemen der SP: Kaufkraft, Gleichstellung und Klima. Danke an alle, die in den letzten Jahren bei der SP mitgearbeitet haben. Wir haben vieles vorangebracht und erreicht: Covid-Gesetz, Revision des Sexualstrafrechts, Erfolge in der Klima- und Steuerpolitik. Die Legislatur haben wir mit einem Wahlerfolg abgeschlossen, auch wenn die Rechten ebenfalls zugelegt haben. Wir konnten der SP zu einem neuen Aufschwung verhelfen. Besonders möchte ich Cédric und Mattea danken für ihre aussergewöhnliche Arbeit. Auch herzlichen Dank an Rebekka und Tom, deren Arbeit enorm wichtig ist. Es bleibt noch viel zu tun. 200 Milliarden Franken pro Jahr verdient die Schweiz heute mehr als noch vor 20 Jahren. Die Produktivität der Menschen ist um 33% gestiegen. Die Renten sind aber nicht um 33% angestiegen, wir kämpfen heute um einen Anstieg von 8%, der den Kaufkraft-Verlust aber nicht ausgleichen würde. Es geht also nicht darum, ob die Schweiz das Geld hat, sondern wofür es eingesetzt wird und wer schlussendlich davon profitiert. In der nächsten Legislatur haben wir viel zu tun: 13. AHV-Rente, Prämien-Deckelung, Klimaschutz, Armutsbekämpfung etc. Wir arbeiten weiter und setzen uns für die Bevölkerung ein. Wir dürfen uns nicht auf dem Wahlerfolg ausruhen – wir müssen Überzeugungsarbeit leisten – durch Worte und Taten.

Es folgt eine Vorstellungsrunde aller neugewählten Fraktionsmitglieder. Samuel Bendahan wünscht allen alles Gute und viel Erfolg.

Mattea Meyer verabschiedet Roger Nordmann als langjährigen Fraktionspräsidenten und bedankt sich für seinen unermüdlichen Einsatz. Die angeregten Diskussionen werden fehlen. Roger hat die Fraktion als «Zoodirektor» auf Trab gehalten. Herzlichen Dank für alles.

Rebekka Wyler begrüsst die Ehrengäste Ruth Dreifuss, Micheline Calmy-Rey und Maria Bernasconi sowie den internationalen Gast, László Andor, Generalsekretär der FEPS (Stiftung für Europäische Progressive Studien).

Ordnungsantrag JUSO:

Rebekka Wyler: Die JUSO hat einen Ordnungsantrag für ein zusätzliches Diskussions-Traktandum eingereicht.

Mélanie Rufi: Zu Beginn des Kriegs in der Ukraine hat die Schweiz gezeigt, wie schnell sie Hilfesuchende aufnehmen kann. Die Schweiz stellt sich als Land dar, welches den Frieden für alle möchte. Das möchten auch die Geflüchteten, die ein Leben in Sicherheit und Frieden suchen. Die Schweiz muss sich gegenüber allen Geflüchteten solidarisch zeigen. Die neue Asylverschärfung von Beat Jans steht nicht für die Position der SP. Es ist wichtig, dass wir die sozialdemokratischen Werte verteidigen. Deshalb stellen wir diesen Ordnungsantrag, damit wir heute über die Asylpolitik in der Schweiz diskutieren können. Jedes Mitglied sollte an dieser Diskussion teilnehmen können.

Cédric Wermuth: Danke an die JUSOs. Kritik muss Teil des sozialdemokratischen Programms sein. Der Saal wird gebeten, den Ordnungsantrag abzulehnen. Beat Jans hat den JUSOs das Gespräch angeboten, und sie haben es abgelehnt. Alle im Saal müssen dieselbe Chance haben, sich auf eine Debatte vorzubereiten. Doch nun gibt es keine Dokumente mit sauberer Traktandierung zu diesem Antrag. Präzise Auseinandersetzung ist aber das A und O als Antwort auf rechten Populismus. Cédric Wermuth schlägt deshalb vor, das Thema im geordneten Rahmen zu diskutieren und nicht so spontan wie heute, beim ersten Auftritt des neuen Bundesrats Beat Jans.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Der Ordnungsantrag wurde abgelehnt.

7. Rede internationaler Gast

László Andor, Generalsekretär der FEPS (Stiftung für Europäische Progressive Studien) hält eine Rede. Er gratuliert der SP zum Resultat bei den nationalen Wahlen. Die Europawahlen stehen kurz bevor, und wir wollen eine progressive Agenda im Herzen Europas. In den letzten Jahrzehnten sah man einem besorgniserregenden Anstieg der Rechtsausen-Parteien und ihrer Zusammenarbeit mit den Mitte-Rechts-Parteien. Die Sozialdemokratie bleibt in vielen Regionen Europas stark. Auch wenn es in einigen Ländern Rückschläge gab und die Erholung in Frankreich nur langsam voranschreitet, müssen wir die trüben Bilder zurückweisen. Im UK wird die Labour Party sehr wahrscheinlich innerhalb eines Jahres wieder in der Regierung sein. In den meisten Ländern hängt der Erfolg der Socialists & Democrats von der Zusammenarbeit mit den Grünen, den Liberalen oder den Linksausen-Parteien ab. Diese werden in der Europawahl Verluste hinnehmen müssen, während der Sitzanteil der S&D im europäischen Parlament stabil bleibt. Unser Einfluss ist also entscheidend. Zum Beispiel, wenn es darum geht, die Krise der Lebenskosten zu bekämpfen. Die EU muss beweisen, dass sie die sozialen Auffangnetze schützen und stärken kann. Langfristig muss die EU ein Motor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum bleiben. Während der Wirtschafts- und Eu-

rokrise haben wir viele Lösungen geboten. Wir haben erfolgreich die Koordination von Mindestlohnpolitiken vorangetrieben, um Lohn-Dumping zu bekämpfen. Die Armut in der EU geht zurück, aber nicht genug. Auch in der Gleichstellung und Gesundheitspolitik müssen wir vorankommen. Angesichts der Migrationskrise muss die EU die Migrationspolitik auf humane Weise reformieren. Unsere Parteien-Familie wird weiter dafür kämpfen. Aktuell gibt es kein wichtigeres Thema als den Kampf gegen die Klimakrise. Dabei geht gerade das Gefühl der Dringlichkeit verloren. Deshalb lancieren wir Kampagnen wie die Tax-the-Rich-Campaign, um eine sozialverträgliche Transformation voranzutreiben. Euer Parteitag findet am zweiten Jahrestag der russischen Invasion der Ukraine statt. Der Fall des Eisernen Vorhangs hätte ein Zeichen des Friedens und der positiven Entwicklung sein sollen. Diese Entwicklung ist aber nicht selbstverständlich. Der Neoliberalismus hat zur Finanzkrise von 2009 geführt. Seit dem Ende des kalten Krieges haben sich einige Länder vor Gewalt zurückgehalten, aber andere, wie die USA und Russland, sind als Aggressor aufgetreten. Dieser Krieg führt zu enormem Leid in der Ukraine. Progressive Kräfte müssen die Grundlagen des Friedens stärken. Es bleibt entscheidend, mit der sozialistischen Internationalen und der Progressiven Allianz zusammenzuarbeiten, auch im Globalen Süden. Vielen von uns steht eine schwierige Wahlkampagne bevor. Wir müssen standhaft bleiben in unserem Kampf für Fortschritt und Gleichheit.

Begrüßungsrede Carole-Anne Kast

Carole-Anne Kast, Staatsrätin Kanton Genf, begrüsst den Parteitag im «wilden Westen» der Schweiz. Genf hat viele Reiche, aber, wie in der Covid-Krise offensichtlich wurde, auch viele Arme. Die soziale Schieflage ist sehr gross. Armut in Genf hat stetig zugenommen. Die Privathaushalte sind überschuldet. Es ist unglaublich, dass man viel Geld in technische Entwicklungen investiert, während viele Menschen armutsgefährdet sind. Die Meritokratie im Kapitalismus existiert nicht wirklich. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich nimmt laufend zu. Frauen haben weniger Einkommen und Vermögen als Männer. Menschen, die Bussen nicht bezahlen können, werden eingesperrt. Der Neoliberalismus hat aus den Steuerprivilegien eine patriotische Angelegenheit gemacht. Die SP muss sich gegen die Privatisierung von Gewinnen und die gleichzeitige Sozialisierung von Verlusten wehren. Die Konzentration des Reichtums ist katastrophal für die Demokratie. Armut lähmt die Menschen politisch. Sie betrifft aber auch alle anderen: durch die Zukunftsangst und um sich greifende Perspektivlosigkeit. Wir müssen den Service Public stärken und Steuergerechtigkeit verteidigen. Es gilt, der Kultur der Hoffnung Sorge zu tragen, denn auch bei bürgerlicher Parlamentsmehrheit konnten unsere SP-Magistrat:innen immer wieder soziale Politik durchsetzen. Das Co-Präsidium der SP Schweiz war, wie ich, schon in der JUSO aktiv. Es braucht diesen Durchhaltewillen. Es lebe die Linke!

8. Positionspapier der SP Schweiz «Armut statt Armutsbetroffene bekämpfen – Unsere Forderung: Armut in der Schweiz bis 2030 beenden»

Rebekka Wyler: Viele Personen haben an diesem Papier mitgearbeitet. Den inhaltlichen Hauptteil haben Anna Storz und Sandro Liniger verfasst. Herzlichen Dank an die beiden.

Valérie Piller Carrard: Das Thema ist mir besonders wichtig. Wir wollen die Armut bekämpfen und nicht jene, die von Armut betroffen sind. Die Zielsetzung besteht darin, die Armut in der Schweiz bis 2030 zu beenden. Es ist wichtig, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben – von Geburt an. Wir möchten eine massive Entwicklung für ausserfamiliäre Betreuungsangebote sowie Ergänzungsleistungen für Familien. Es braucht verpflichtende Mindestlöhne, damit die arbeitende Bevölkerung nicht in die Armut abrutscht. Viele Sozialhilfen werden erst gar nicht eingefordert (ca. 30%) – aus Scham. Das ist inakzeptabel. Es braucht ein automatisches Regelwerk, damit solche Leistungen proaktiv ausbezahlt werden und man nicht darum betteln muss. Und es geht auch um eine gerechte Verteilung. Kein Kind sollte auf Ausbildung verzichten, weil sich die Eltern die Ausbildung nicht leisten können. Deshalb brauchen wir eine gute Erbschaftssteuer, damit die Reichsten auch etwas abgeben müssen. Chancengleichheit für die Kinder und Beendigung der überholten Vermögensstruktur – das brauchen wir. Wir bleiben als SP Schweiz in den nächsten Monaten und Jahren aktiv an diesem Thema. Auch die Kantonalparteien sind dazu aufgerufen. Sie können sich vom Armutspapier inspirieren lassen.

Es folgen Inputreferate (Foliensätze auf Deutsch und Französisch mit Zahlen und Details. Diese werden auch auf der Website der SP Schweiz aufgeschaltet sein) von Aline Masé, Leiterin Grundlagen und Fachstelle Sozialpolitik Caritas und Benoît Schaller-Mottas, Co-Leiter Banc public.

Aline Masé: Bei Caritas gibt es ein multidimensionales Verständnis der Armut, dieses wird auch vom Bund geteilt. Also: zu wenig Geld zum Leben und zur Teilhabe, aber auch eingeschränkte Chancen in den Bereichen Bildung/Arbeit/Wohnsituation/Krankheit. Es gibt drei Definitionen von Armut in der Schweiz: Die absolute Armutsgrenze, die Armutsgefährdungsgrenze und die materielle und soziale Deprivation. Die Armut nimmt seit Jahren zu und dies, obwohl das Ziel des BR bis 2030 wäre, die Armut mindestens zu halbieren – davon sind wir weit entfernt. Die Risikofaktoren spiegeln sich auch im Armutspapier der SP. Dazu gehören z.B. fehlende oder nicht anerkannte Bildung, Erwerbslosigkeit, tiefer Lohn/tiefes Pensum, schlechte Gesundheit, Herkunft, eingeschränkter Zugang zum System der sozialen Sicherheit, Kinder (v.a. für Alleinerziehende). Familien/Haushalte mit Kindern sind besonders oft betroffen. Armut ist also auch vererbbar. Durch die steigenden Kosten (KK-Prämien, ÖV, Mietzinse etc.) verschlechtert sich die Situation weiter. Diese Situation zeigt sich auch in den Caritas-Märkten: 2022 war ein Rekordjahr. Umsatz und Frequenz steigen kontinuierlich an. Sehr viel mehr Menschen sind auf diese günstigen Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs angewiesen. Auch ist ein Anstieg zu verzeichnen im Bereich der finanziellen Unterstützung durch die Caritas, Sozial- und Schuldenberatung werden öfter konsultiert. Es ist zu beobachten, dass die Leute keine finanziellen Reserven mehr haben. Ein Fünftel der Haushalte könnte keine unvorhergesehenen Ausgaben von 2500 Franken begleichen.

Benoît Schaller-Mottas: Heute geht es um Personen, die in Armut leben. Manche wollen diese Realität gar nicht sehen, denn viele fürchten, dass sie eines Tages auch selbst betroffen sind. Caritas ist sehr bekannt, und nun sprechen wir über die Organisation Banc public. Sie ist eine soziale Einrichtung in Fribourg, eine Tagesbetreuung mit niederschweligen Angeboten. Diese privatrechtliche Institution für Menschen aus prekären Verhältnissen richtet sich an Menschen in finanziellen und/oder sozialen Schwierigkeiten. Sie können dort 365 Tage im Jahr die IT-Infrastruktur nutzen, warme Mahlzeiten zu sich nehmen, administrative Beratungen in Anspruch nehmen, duschen etc. Seit einigen Jahren steigen die Besucherzahlen stetig an, seit Covid und seit 2023 noch weiter. Ca. 120 Personen pro Tag kommen in die Banc public. Die Digitalisierung der Dienstleistungen ist eine Herausforderung. Es gibt fast keine «physischen» Schalter mehr, an welche sich die Menschen wenden können. Die Nutzung von IT, den Geräten, dem Internet etc. ist eine Herausforderung für viele und vergrössert die Kluft in der Gesellschaft. Denn genau sie sind ja diejenigen Menschen, die am meisten abhängig von den erwähnten Dienstleistungen sind. Die Gruppen, die am häufigsten zu Banc public kommen: Rentner:innen, Familien mit Kleinkindern und working poors. Personen, die in prekären Verhältnissen leben, möchten aus diesen Situationen entkommen, sie ruhen sich nicht darauf aus. Sie unternehmen alles, um die Prekarität hinter sich zu lassen. Und Prekarität ist nichts, wofür man sich entscheidet, sondern die Folge eines mangelhaften Systems, welches gerechter und sozialer werden muss.

Bevor mit der Behandlung der Anträge begonnen wird, weist Rebekka Wyler nochmals auf die Redezeitbeschränkung von zwei Minuten hin und bittet alle, sich an diese zu halten. Anträge, welche vom Präsidium zur Annahme empfohlen wurden und auch Anträge, wo die modifizierte Annahme von den Antragstellenden unterstützt wird, werden nicht behandelt, wenn keine Wortmeldung eingereicht wurde.

Es folgen Eintretensvoten:

Michael Spahr berichtet, dass sich seine Sektion als Vertreterin des ärmsten Quartiers in Bern (Bümpliz/Bethlehem) sehr über das Positionspapier freut. Das Quartier werde aber immer trendiger, die Mietpreise werden immer höher. Er fordert mehr Umverteilung, damit sich nicht mehr nur die Reichen das Leben in den Städten leisten können. Die Progression flache nach oben ab, sodass die Reichen nicht mehr zahlen als die Mittelklasse. Es sei sinnvoll, für neue Steuern zu kämpfen, wie sie im Papier vorgeschlagen werden, aber das bestehende System müsse auch verbessert werden. Er dankt für die Aufnahme des Abschnitts zur Steuerprogression und spricht sich für das Eintreten aus.

Sarah Wyss, Präsidentin der Themenkommission «Soziale Gerechtigkeit und Gesundheit», dankt für das Papier und die Inklusion vieler Anträge der TK. Der Aufbau des Papiers sei sinnvoll. Sie drückt den Missmut eines Teils der TK aus, dass einige Gruppierungen zu wenig in die Ausarbeitung einbezogen wurden. Betroffene und Gremien sollen beim nächsten Mal früher miteinbezogen werden. Auch sie spricht sich fürs Eintreten aus.

Es sind keine Anträge auf Nichteintreten eingegangen. Der Parteitag tritt somit auf das Papier ein. Wir kommen zur Beratung der Anträge zum Papier. Dort, wo das Präsidium den Antrag zur Annahme empfiehlt oder eine modifizierte Annahme vorschlägt, die von den Antragstellenden akzeptiert wird, findet keine Diskussion statt. Diese Anträge werden (in der

Originalversion oder in der modifizierten Version) stillschweigend als genehmigt betrachtet und sind im Protokoll entsprechend nicht mehr weiter kommentiert. Bei A-23 sind die Antragstellenden mit der Ablehnung durch das Präsidium einverstanden, weshalb auch dort keine Abstimmung mehr stattfindet.

A-2 Nicola Siegrist (JUSO), Mirjam Hostetmann (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Mélanie Rufi (JUSO), Mia Jenni (SP Obersiggenthal), Mayra Faccio (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Léonie Schubiger (JUSO), Clara Bonk (JUSO), Max Kranich (SP Queer), Elena Kasper (JUSO)

Nicola Siegrist stellt den Antrag vor. Armut ist kein Zufall. Dahinter steckt weder ein individueller noch ein struktureller Fehler. Das kapitalistische Wirtschaftssystem braucht die Armut, um den Menschen damit zu drohen, wenn sie nicht im System mitarbeiten. Das Präsidium sagt, es habe keinen Platz für eine umfassende Analyse des Kapitalismus. Das braucht es auch nicht, aber es muss erwähnt werden. Armut sei kein Zufall, sondern systembedingt.

Dominique Hausser sagt, das Wachstum sei der Motor des Kapitalismus, wie die Liberalen immer wieder sagen. Der Kapitalismus produziert systematisch soziale Ungleichheit. Prekarität und Armut sind also Teil des Systems. Diese Behauptung will das Präsidium nicht im Papier. Durch den Neoliberalismus haben sich die Lebensbedingungen verschlechtert. Der Antrag der JUSO gehört in das Armutspapier. Der Kampf gegen das System braucht einen langen Atem. Armut benötigt aber auch kurzfristige Lösungen wie die 13. AHV. Es braucht also sowohl Lang- als auch Kurzfristiges im Papier. Die SP60+ unterstützt deshalb den Antrag.

Elisabetta Marchesini sagt, ohne diesen Antrag fehlt etwas im Papier. Es ist unmöglich, die Mechanismen der Armut zu analysieren, ohne auf den Kapitalismus hinzuweisen. Nur wenn es Armut gibt, ist es den Reichsten möglich, Reichtum anzuhäufen. Nur mit der Gefahr der Armut nehmen Menschen auch schlechte Arbeitsbedingungen hin, weil sie Angst haben, den Job zu verlieren. Warum dürfen wir die Reichen in diesem Papier nicht nennen? Wir wissen, dass sie profitieren und die wirtschaftliche Macht haben. Es darf nicht unter den Tisch fallen, dass sie die Unterdrücker sind in diesem System.

Vanessa Bieri verteidigt den Antrag im Namen der SP Frauen. Ihr wurde in ihrer SP-Sektion gesagt, die Frauen müssten irgendwann auch zufrieden sein, als es um die AHV21 ging. Die Aussage ist symptomatisch für die Meinung, die Schweiz habe kein Geld für soziale Politik und Armut sei eine bedauerliche Gegebenheit. Sie ist aber nicht gegeben, sondern wird erzeugt, als Notwendigkeit für das kapitalistische Wirtschaftssystem. Darauf bauen wir unsere tägliche Politik auf. Für alle statt für wenige, für die zig Tausenden Armutsbetroffenen statt für Martullo-Blocher, die ihre Angestellten ausnutzt. Ein Wirtschaftssystem, das Armut braucht und Profiteure, die es schaffen, dass wir nur Symptombekämpfung betreiben, müssen benannt werden.

Ronja Jansen sagt, wir lernen alle als Kind, dass es wichtig ist, wie etwas gemeint ist. Das sollte auch bei politischen Fragen klar sein: Absicht spielt eine Rolle. Es ist relevant, dass der Kapitalismus aktiv Armut produziert. Mit noch tieferen Löhnen und Sozialleistungen sollen

Menschen ruhiggestellt werden, dass sie sich nicht gegen die Arbeitsbedingungen auflehnen. Mit Armut bringt das angeblich freiste Wirtschaftssystem der Welt Menschen dazu, trotzdem in unmenschlichen Bedingungen zu arbeiten. Arbeiter:innen im globalen Süden einen lebenswerten Lohn zu zahlen, ist keine Frage des Könnens, sondern des Wollens. Im Kanton Baselland wurde ein neues Sozialhilfegesetz verabschiedet, das der öffentlichen Hand kaum hilft, aber den Betroffenen massiv schadet. Es sind Disziplinierungsmassnahmen. Armutsbekämpfung scheitert nicht am Geld, sondern am politischen Willen.

David Roth kritisiert den Antrag im Namen des Präsidiums. Die SP hat sich im Parteiprogramm intensiv mit der Frage des Kapitalismus auseinandergesetzt. Der Antrag sei schlecht geschrieben. Das Thema kann nicht in einem Nebensatz in einem Nebenskapitel abgehandelt werden. Der Antrag scheitert analytisch und handwerklich am eigenen Anspruch. Er gleitet nach wenigen Sätzen in eine Personalisierung ab. Um den Kapitalismus seriös zu kritisieren, braucht es ein anderes Papier und eine andere Debatte. Es geht mit dem Antrag die Rhetorik einher, Armut könne im System nicht bekämpft werden. Das kann und muss aber gemacht werden. Man kann nicht sagen, wir müssten auf die grosse Weltrevolution warten, bis etwas besser wird. Im Papier wird nicht alles beantwortet, das man fragen und diskutieren könnte, sondern es behandelt das Konkrete. Wenn wir den Fokus so weit öffnen, haben wir nur noch 20-30 Seiten lange Papiere.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

A-3: Mirjam Hostetmann (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Mia Jenni (SP Obersiggenthal), Mélanie Ruffi (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Léonie Schubiger (JUSO), Clara Bonk (JUSO), Max Kranich (SP Queer), Elena Kasper (JUSO)

Mirjam Hostetmann stellt den Antrag vor: A-3 versuche darzulegen, dass nicht alle gleichermassen von Armut gefährdet und betroffen sind. Z.B. Menschen mit Behinderung sind stärker getroffen, und bei Überschneidung mit Unterdrückungsstrukturen noch mehr. Im Papier werden aktuell nur Symptome von Unterdrückungsstrukturen angesprochen, das verzerrt die unterdrückenden Strukturen unserer Gesellschaft. Die modifizierte Annahme nimmt die Forderungen nicht in angemessener Weise auf.

Daniela Braun: im vorliegenden Papier ist es gelungen, sich dem Konzept von Armut anzulehnen. Das Präsidium will sich hier offenbar nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen. SP-Frauen und JUSO wollen mit diesem Antrag Armut präzisieren. Im Antrag des Präsidiums fehlt der Armut ein Gesicht. In A-3 wird Armut klar beschrieben und ihr ein Gesicht gegeben. Die Diskussion über Armut wird so konkreter. Armut ist menschlich, wir müssen ihr auch ein starkes, menschliches Gesicht geben. Bitte unterstützt den Antrag.

Thomas Bruchez: Das Positionspapier macht nur Symptombekämpfung. Die konkreten Dimensionen der Armut aufzuzählen, ohne die Gründe zu nennen, kann man machen, das ist

aber eine Sisyphusarbeit. Man muss die Armut durch eine konkrete Benennung der Ursachen bekämpfen. Er dankt für die Annahme des A-2 und die Erwähnung des Kapitalismus im Papier. Nun gilt es aber auch weitere Unterdrückungsstrukturen, die die Armut verschärfen, zu erwähnen. Das Präsidium sagt, es werde schon erwähnt. Weil man die Unterdrückungsstrukturen selbst aber nicht benennt, sondern gleich alle, wird im «Dimensionen der Ungleichheiten» ein Teil aufgeköcht. Damit stiftet man eher Verwirrung. Nehmt den Antrag an.

Virginia Köppli sagt, die SP sei DIE Gleichstellungspartei, die Kämpfe miteinander verbinde. Sie bietet Analysen und Lösungen für alle statt für wenige. Die SP ist die stärkste Partei bei jungen Frauen. Das auch, weil die SP die Armut aus einer intersektionalen Perspektive betrachtet. Diskriminierung ist systematisch und hat mit Armut zu tun, die ebenfalls systemisch ist. Man darf nicht so tun, als wäre es Zufall, wer arm ist und wer nicht. Damit verfällt man dem bürgerlichen Mythos, dass man selbst dafür verantwortlich ist, was man erreicht und ob man arm ist. Unterdrückungssysteme klar zu erwähnen, gehört in diese Analyse. Verfallen wir nicht dem FDP-Mythos, dass Armut selbstverschuldet ist. Sie ist systemisch und intersektional.

Valérie Piller Carrard vertritt die Position des Präsidiums: Alle Elemente der Antragsstellenden werden vom Präsidium unterstützt und auf andere Art miteinbezogen. Bei diesem Antrag besteht die Gefahr einer Personalisierung systemischer Probleme. Das Papier soll zugänglich und lesbar für alle sein. Das hat das Präsidium versucht. Dieser Antrag erfüllt den Anspruch nicht. Das vorliegende Positionspapier erlaubt uns, mit grosser Glaubwürdigkeit Massnahmen gegen die Armut zu fordern.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wurde angenommen.

A-8: Yann Schmuki, SP Altstadt-Kirchenfeld, SP Bern

Yann Schmuki: Seit 2 Jahren ist der schreckliche Krieg in der Ukraine. Das Parlament hat beschlossen, dass wir 40 Milliarden mehr für die Ausrüstung ausgeben sollen. Wir sollen diese Ausgaben finanziert werden? Die Finanzierung von Massnahmen der Armuts-Bekämpfung wird wahrscheinlich unter anderem durch die Mehrausgaben in der Rüstung verhindert oder erschwert. Das muss im Dokument erwähnt werden.

Valérie Piller-Carrard: Das Präsidium lehnt den Antrag A-8 ab. Die Ausgaben für Rüstung sind kein Armuts-Grund in der Schweiz. Für diesen Antrag ohne viele Details bräuchten wir den internationalen Kontext.

Rebekka Wyler: Inhaltlich sind wir mit der Kritik von Yann einverstanden, es war aber nicht ganz am richtigen Ort platziert. Danke für den Antrag.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Antrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

A-10: Mirjam Hostetmann (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Mia Jenni, SP Obersiggenthal, Mayra Faccio (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Léonie Schubiger (JUSO), Mélanie Rufi (JUSO), Elena Kasper (JUSO)

Nach Rücksprache mit dem Präsidium wird vorgeschlagen, die Anträge A-10 und A-11 ebenfalls für angenommen zu erklären, da sie im engen Zusammenhang mit A-2 und A-3 stehen und die dort formulierte, grundsätzliche Argumentation weiterführen. Der Parteitag ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-11: Mirjam Hostetmann (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Léonie Schubiger (JUSO), Clara Bonk (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Mélanie Rufi (JUSO), Elena Kasper (JUSO)

Siehe dazu die Bemerkung zu Antrag A-10.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Annahme.

A-19: Mirjam Hostetmann (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO), Rosalina Müller (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Léonie Schubiger (JUSO), Clara Bonk (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Mélanie Rufi (JUSO), Elena Kasper (JUSO)

Rosalina Müller: Menschen mit Behinderungen, die IV-Renten beziehen müssen, werden nicht im Papier erwähnt. Das wird aber von der grössten Linken Kraft in der Schweiz erwartet. Die IV-Rente reicht nicht zum Leben. Diese und weitere Punkte werden im Antrag A-19 aufgegriffen.

Elias Erne: Angesichts der Tatsache, dass für IV-Renten meist hypothetische Einkommen genutzt werden, muss das angepasst werden. 2022 haben rund 4% der Bevölkerung IV-Renten erhalten. Diese Menschen haben prekäre Lebensbedingungen. Sie brauchen einen Platz im Papier. Bitte nehmt den Original-Antrag an.

Samuel Bendahan: Das Präsidium unterstützt, dass die IV nicht genügend im Papier abgebildet ist. Deshalb stimmen wir in abgeänderter Form zu. Natürlich kann man immer mehr hinzufügen, aber wir möchten leicht lesbare Positions-Papiere. Deshalb fassen wir es kürzer, nicht des Inhalts wegen. Unsere Anträge müssen vorzeigbar und von allen verstanden werden. Wir beantragen eine Kurzform des Antrags A-19. Danke für den guten Antrag.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: Die Antragstellenden halten an der Originalversion fest. Der Originalantrag wird der modifizierten Fassung gegenübergestellt. Der modifizierte Vorschlag des Präsidiums obsiegt mit 153 zu 120 Stimmen.

A-22: Virginia Köpfli, Manuela Honegger, Anne-Sophie Keller, Laurie Willommet, Vanessa Bieri, Moana Mika, Barbara Keller

Manuela Honegger stellt den Antrag vor: In den Sektoren Gastro, Reinigung, Pflege und Verkauf sind die Löhne aktuell enorm tief. In diesen Sektoren sind Frauen übervertreten. Es ist kein Zufall, dass alle typischen «Frauenberufe» tiefere Löhne haben. Natürlich wollen wir überall höhere Löhne, aber wenn man das Geschlecht nicht miterwähnt, bleiben Frauen weiterhin schlechter gestellt. Auch mit der Pflegeinitiative wollten wir tiefe Frauenlöhne bekämpfen. Diesen Kurs müssen wir weiterziehen. Wir müssen Armut dort bekämpfen, wo sie am drängendsten ist.

Valerie Piller Carrard erklärt die Ablehnung des Präsidiums: Das Papier fordere gerechte Löhne in allen Berufsständen, nicht nur den weiblich geprägten. Wir wollen ein lesbares, kohärentes und in sich stimmiges Papier. Die Frauen hier nicht speziell zu erwähnen, schadet unserem Engagement für Frauenlöhne in keiner Weise, verbessert aber das Papier in formeller Art.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Antrag wird abgelehnt mit 146 zu 95 Stimmen mit 31 Enthaltungen.

A-28: Yvonne Apiyo Brändle-Amolo, SP Migrant:innen, Max Kranich, SP Queer, Clara Bonk, JU-SO, Virginia Köpfli, SP Frauen, Manuela Honegger, SP Frauen, Najat Kadib, SP Migrant:innen, Mohamed Abdoullahi, SP Migrant:innen, Mesken Kahraman, SP Migrant:innen, Grazia Tredanari, SP Migrant:innen, Annelise da Silva Canavarro, SP Migrant:innen

Apiyo Brändle-Amolo: Das Präsidium hat angedeutet, dass es nur den ersten Punkt des Aufenthaltsstatus aufnehmen will. Ich halte an meinem Antrag fest und möchte weiterhin drei Punkte ergänzen und nicht nur einen einzigen. Denn die Punkte kann man nicht in einem zusammenfassen. Migrant:innen, die Schulden haben, haben keine Möglichkeit, das Schweizer Bürgerrecht zu beantragen und werden kriminalisiert – das muss sich ändern. Migrant:innen brauchen Zugang zur Justiz im Fall von Diskriminierung. Der jüngste Fall von Mohamed Wa Baile zeigt, wie schwierig es für Migrant:innen ist, Zugang zu fairen Gerichtsverfahren zu erhalten. Der EGMR hat diese Gesetzeslücken deutlich aufgezeigt. Auch an der dritten Forderung nach sozialer Integration möchte ich festhalten. Das Fehlen dieser erhöht das Armutsrisiko.

Lorenz Fritschi: Als Lehrperson liegt mir das Thema Bildung am Herzen. Die SP muss als linke Partei die Bildung als wichtigen Punkt in der Bekämpfung der Armut wahrnehmen. Junge Menschen sollen unabhängig der Verhältnisse der Familie alles erreichen können, was sie wollen. Bildung muss bei der Armutsbekämpfung im Fokus stehen. Vor allem Personen, die erst seit kurzer Zeit in der Schweiz leben, leiden unter fehlenden Stipendien. Bitte nehmt den Antrag 28 unverändert an.

Mathilde Mottet: Sie startet mit einer persönlichen Anekdote. Armut in der Schweiz ist kein Zufall. Sie ist die Konsequenz eines Systems, welches auf Gratis-Arbeit oder schlecht bezahlte Arbeit angewiesen ist. Diese Arbeit führen vor allem Frauen und migrantische Personen aus. Die SP Frauen unterstützen den Antrag 28 und nicht den Vorschlag des Präsidiums. Der Kampf gegen die Armut darf nicht die betroffenen Personen stigmatisieren. Es braucht konkrete Vorschläge. Es ist unsere Pflicht, für Armutsbetroffene zu kämpfen und uns mit ihnen zu solidarisieren.

Valérie Piller-Carrard: Heute brauchen wir ein Positionspapier, welches für alle Mitglieder der Partei da ist und das konkrete Vorschläge bringt und verwendet werden kann. Das Präsidium fordert deshalb eine einzige Forderung oder die Integration der Forderungen in bereits existente Punkte im Papier. Wir wollen den Antrag deshalb modifiziert annehmen.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: Der Originalantrag wird der modifizierten Fassung gegenübergestellt. Eine deutliche Mehrheit des Parteitags entscheidet sich für die Annahme des Originalantrags, dieser obsiegt somit gegenüber der modifizierten Fassung des Präsidiums.

A-31: SP60+, Co-Präsidium Rita Schmid und Dominique Hausser

Rita Schmid: Die Armutsbekämpfung ist eine Frage der Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Wir sprechen nicht genug darüber. Vor allem wenn wir die Forderung «Armut in der Schweiz bis 2030 beenden» anschauen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, und wir müssen dranbleiben. Armut ist in vielen Fällen weiblich – Stichworte Lohngleichheit und Renten. Die Armut betrifft zunehmend auch ältere Menschen – überdurchschnittlich ältere Menschen und besonders Frauen. Eine konsequente Politik für existenzsichernde Renten muss ein ständiges prioritäres Anliegen sozialdemokratischer Politik sein. Es braucht ein würdiges Leben für alle. Die Forderung: Es braucht das Thema einmal pro Jahr an einem Parteitag.

Heinz Looser: Der Antrag verdient die Zustimmung des Parteitags. Denn nur so macht die Denkarbeit im Armutspapier Sinn. Wenn wir darauf verzichten, wird das Papier einfach vergessen, wie so viele Papiere davor. Das Präsidium lehnt den vorgeschlagenen Prozess des Reportings ab, denn es entstehe eine Ungleichbehandlung ggü. anderen vergangenen Papieren. Man möchte den anderen Ebenen der Partei kein Reporting vorschreiben. Die SPS muss das nicht, aber sie könnte mit gutem Beispiel voranschreiten. Wir möchten nicht immer dieselben Fehler wiederholen und einen bewussten Lernprozess schaffen, damit die geleistete Arbeit auch Früchte trägt.

Samuel Bendahan: Heute haben wir bewiesen, dass uns der Kampf gegen die Armut wichtig ist. Woran man aber erinnern muss: Unsere Kämpfe müssen immer mit limitierten Ressourcen geführt werden. Wir müssen Prioritäten setzen und uns überlegen, was unserer Arbeit am meisten bringt. Der Antrag A-31 ist nicht die beste Verwendung unserer Ressourcen. Wir machen weiter mit unseren armutsbekämpfenden Projekten. Wir sind überzeugt, dass ein Reporting daran nichts ändern würde. Vertraut in unsere Partei, ohne eine Berichtserstattung zu verlangen. Wir werden unser Bestes tun.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Beschluss des Parteitages: Das Positionspapier wird bei einer Gegenstimme angenommen.

Mattea Meyer stellt den Ordnungsantrag des Präsidiums vor: Es wurden bereits 60 Wortmeldungen für die kommenden Traktanden eingereicht. Damit diese alle Platz haben und auch andere Traktandenpunkte nicht zu kurz kommen, fordert das Präsidium, die Redezeit für Parolenfassungen, Resolutionen und Anträge auf zwei Minuten zu beschränken.

Beschluss des Parteitages: Der Ordnungsantrag wird angenommen.

9. Verabschiedung Bundesrat Alain Berset

Zum Abschied von Alain Berset wird ein Video eingespielt mit einem Rückblick auf seine Bundesratskarriere.

Cédric Wermuth bedankt sich bei Alain Berset:

12 ans au Conseil fédéral – comment résumer cela en quelques mots ? Il y a plusieurs façons de décrire l'œuvre d'un conseiller fédéral. Dans le cas d'Alain, c'est particulièrement difficile. Souvent, lorsque des personnes me demandent à quoi ressemble le travail d'un conseiller fédéral, je leur dis de taper le nom d'un élu au Conseil fédéral sur Google. Et de comparer des photos du jour de l'élection et de quelques années plus tard. En principe, la charge de travail apparaît de manière assez visible... Pour Alain, cela ne fonctionne pas ! Il a la même apparence aujourd'hui que le jour de son élection, et cela ne concerne pas seulement sa coiffure.

Ou alors, on peut bien sûr se concentrer sur ce qui a été réalisé par un conseiller fédéral. Avec Alain, c'est aussi difficile. Pas parce qu'on ne saurait pas de quoi parler, non. Mais parce que la liste des sujets serait plus longue que l'ordre du jour de ce Congrès. Nous devrions parler des mesures de réduction des coûts des primes d'assurance-maladie qui ont été prises avec succès, rien que pour les médicaments, soit 1,2 milliard. Ou de la solution

du consentement présumé retenue pour le don d'organes. On pourrait citer le congé paternité ou le développement de l'AI et de l'accueil extrafamilial des enfants, on pourrait faire référence à l'encouragement du cinéma ou aux messages culturels. La révision de la loi sur l'égalité avec les analyses salariales ou la mise en place de la première politique nationale en faveur des personnes handicapées devraient également figurer sur cette liste. Et bien sûr, la gestion de la pandémie de coronavirus et de ses conséquences, chef-d'œuvre involontaire, en fait partie.

Ou bien on pourrait montrer qu'aucun conseiller fédéral ou conseillère fédérale de ces dernières années n'a mené autant de votations que toi Alain. 29 votations populaires, pour lesquelles tu as été suivi 23 fois par la population, soit dans 80 % des cas, un record absolu de confiance.

Quelle que soit l'option retenue, la conclusion est la même : contrairement à ce que l'absence de vieillissement visible pourrait laisser croire, tu n'as pas passé ton temps au Conseil fédéral à attendre des jours meilleurs ou à te profiler pour de futurs postes. Non, tu t'es investi de la première à la dernière minute pour une Suisse solidaire. Tu as toujours compris cette fonction comme un mandat de la population pour la servir et mettre en œuvre les idées socialistes le plus efficacement possible. Alain, nous sommes très reconnaissants et fiers que tu aies été notre conseiller fédéral, merci beaucoup.

Ich durfte dich und deine Arbeit drei Jahre als Co-Präsident hautnah miterleben. Ich weiss auch aus nächster Nähe, dass die Partei mit dir jemanden im Bundesrat hatte, auf den man sich immer verlassen konnte. Wenn du etwas gedacht hast, hast du es gesagt. Und wenn du etwas gesagt hast, hast du es getan. Eine nicht alltägliche Eigenschaft in Bundesbern. Gefährlich für die Partei wurde es ja eigentlich immer erst, wenn du das Bundeshaus verlassen hast. Dann warst du gut für die eine oder andere Überraschung. Wobei, das möchte ich hier kurz einschieben. Bürgerlichen Medien haben den Rückblick auf deine Karriere gerne mit einem Absatz zu den sogenannten Skandalen deiner Amtszeit geschmückt. Das waren aber keine Skandale, zumindest keine Skandale von Alain Berset. Was wir spätestens seit Corona erlebt haben, das waren teilweise durchorchestrierte Destabilisierungs- und Diffamierungsversuche von rechten Kreisen, denen einfach nicht gepasst hat, dass die SP mit dir einen der erfolgreichsten und populärsten Bundesräte stellte. Es tut mir persönlich leid, was du, dein Team und deine Familie sich zeitenweise bieten lassen mussten, es war, um es deutlich zu sagen, mehr als einmal eine verdammte Schweinerei. Und vor allem war es natürlich der Versuch, der SP zu schaden, um ihr nach den Wahlen den zweiten Sitz im Bundesrat wegnehmen zu können. Aber sie haben sich geschnitten. Bis zuletzt ist bei all diesen absurden Kampagnen nichts, aber auch gar nichts von diesen Vorwürfen an dir hängen geblieben. Aber am Ende gilt bekanntlich das Resultat: Du stehst noch hier. Die Partei hat die Wahlen gewonnen und die zwei Sitze mit Elisabeth und Beat verteidigt. Darauf dürfen wir gemeinsam stolz sein.

Das Einzige, woran du mit Blick auf die Zukunft etwas arbeiten musst, ist dein Orientierungssinn. Das wissen wir spätestens seit deiner etwas missglückten Privatinvasion des französischen Luftraumes. Und genau dieses Geschenk wollen wir, du weisst es schon, dir zum Abschied auch machen. Wir schenken Alain zum Abschied einige Flugstunden, aber nicht

im Flugzeug, sondern im geschützten Rahmen des Windkanals namens Bodyflying – wir freuen uns jetzt schon sehr auf die Bilder und Filme.

Als wir das Geschenk gebucht haben, Alain, habe wir dich extra nochmals gefragt, was du vor hast in den ersten drei, vier Monaten nach dem Ende deiner Amtszeit. Ob du vielleicht verreisen willst, ob du eventuell ein Ehrenamt in Aussicht hast, was man halt so alles macht als alt Bundesrat. «Oh nichts», hast du abgewinkt, weil du – Zitat – «eine Pause brauchtest», du wollest – Zitat – «sicher nichts Politisches machen». Ich bin gestern aus der Familienauszeit zurückgekehrt und habe festgestellt, dass du eine recht originelle Interpretation von «nichts tun» und «Politikpause» an den Tag legst. Die Wenigsten hätten wahrscheinlich darunter die Kandidatur für eines der höchsten Politämter des europäischen Kontinents verstanden. Zum Glück war ich schon im Dezember misstrauisch und habe zu den Bodyflying-Tickets extra eine Option auf Umbuchung mitgekauft. Aber vor allem, Spass beiseite, sind wir, lieber Alain – das Präsidium der Partei, der Fraktion und, ich glaube, da spreche ich für den ganzen Saal – zu 100 Prozent überzeugt, dass du ein Glücksfall für die Schweiz warst und dass du ein Glück wärst für den Europarat. Wir können nur hoffen und werden dich mit allen Kräften in deiner Kandidatur für das Generalsekretariat unterstützen. In diesem Sinne: Danke für alles, was war, und für alles, was noch kommt.

10. Rede Bundesrat Beat Jans

Dr Berset seit Adie, är muess emol verschnuufe; Drei Dääg spöter chunt är zruck, är will no witer ufe. Jä, daas Mol will är ganz elai in Strossburg lande; Jetzt hani dr Sinn vom Franggrich-Teschflug verschtande. – Excusez-moi, chères et chers camarades. – Und Entschuldigung, liebe Übersetzung.

Wenn schon mal ein Basler im Bundesrat hockt! Und weil diese Woche Basler Fasnacht war!

Aber die drey scheenschte Däg in diesem Jahr, das sind für uns natürlich die Parteitage der SP.

Ich freue mich sehr, hier bei euch zu sein. Das hier ist für mich Heimat – egal ob wir in Basel, Bern, Lugano oder Le Grand-Saconnex sind. Heimat ist, wo meine Freunde sind. Für diese starken politischen Wurzeln bin ich dankbar.

Liebe Genossinnen und Genossen

Heute vor zwei Jahren hat Russland die Ukraine überfallen. Seither herrscht wieder Krieg in Europa.

- Näher, als wir es für möglich gehalten haben.
- Gegen ein demokratisches Land.

Brutaler, als wir es uns vorstellen können. La Suisse a réagi et s'est jointe aux sanctions contre la Russie. Elle s'engage sur le plan humanitaire et au niveau international. Mais la principale contribution, c'est la population suisse qui l'a apportée, en accueillant 65 000

réfugiés d'Ukraine. La solidarité à l'égard des Ukrainiennes et des Ukrainiens a été immense. Elle l'est encore et elle doit le rester. Car la machine de guerre de Poutine continue de tuer.

Diese zwei Jahre waren auch für mein Departement eine Herausforderung und die Mitarbeitenden des EJPD haben grosse Arbeit geleistet. Von Herzen: Danke! Es ist Arbeit am Puls der Zeit. Zeitenwende

Was für eine Zeit, liebe Genossinnen und Genossen!

«Zeitenwende» war 2023 in Deutschland das Wort des Jahres. Bei uns war es übrigens – die «Monsterbank». Das sagt auch etwas über unser Land aus.

Ich weiss nicht, wie es euch geht. Aber ich habe manchmal den Eindruck: Die Welt ist aus den Fugen! Kriege, Krisen, Probleme, Herausforderungen wo man hinschaut. Sie überlappen und verstärken sich. Zeitenwende! Was nun? Was tun?

Sofort sind diejenigen zur Stelle, die das tun wollen, was sie immer tun: nämlich nichts.

- Abseitsstehen,
- abschotten,
- aushalten,
- raushalten,
- und vielleicht irgendwie Geld damit verdienen.

Misstrauen, Egoismus und Aufrüstung haben Hochkonjunktur.

Hingegen sind es harte Zeiten für

- Solidarität
- Menschenwürde
- und Mut.

Ich bin überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen Genau das brauchen wir jetzt umso mehr! Wer nichts macht, macht nichts falsch – das stimmt vielleicht in einer Welt, die sich nicht bewegt. Aber die Welt bewegt sich dramatisch. Deshalb müssen wir etwas wagen, um voranzukommen. Solidarität, Teilhabe, Europa

Lasst uns Solidarität wagen! Gerade weil das gegen den Zeitgeist ist. Die Bedrohung durch Despoten, die Klimakrise, Pandemien, illegale Migration, Armut – keines dieser Probleme kann die Schweiz allein lösen. Internationale Solidarität wächst aus gegenseitigem Vertrauen. Dafür braucht es Entschlossenheit und Mut.

Un petit exemple : Durant la pandémie, la Suisse et l'Allemagne ont pris en charge des patientes et des patients de France et d'Italie, sans formalités bureaucratiques, parce que leurs hôpitaux étaient surchargés. Dans le même temps, les frontalières et les frontaliers des pays voisins ont aidé nos hôpitaux à maintenir leur bon fonctionnement.

Da wurde nicht abgeschottet, sondern entschlossen gehandelt. Das ist gelebte internationale Solidarität.

Oder: unser Asylsystem. Das Ziel ist Solidarität. Das Recht auf Asyl gilt. Alle Menschen haben das Recht auf ein faires Verfahren. Wir wollen sie menschenwürdig behandeln und diejeni-

gen, die Schutz brauchen, sollen konsequent Schutz erhalten. Das sind meine asylpolitischen Ziele. Diese gelten – auch wenn manche dies nach meinem Besuch in Chiasso in Frage stellen.

Diese Ziele können wir nur erreichen, wenn wir auch ein gut funktionierendes Asylsystem haben. Aber wir haben gewisse Probleme. Es gibt Menschen aus Ländern, die kaum Chancen auf Asyl haben, weil sie in ihren Ländern politisch nicht verfolgt sind. Einige sagen auch offen, dass sie eigentlich Arbeit suchen. Wenn diese Menschen trotzdem im Asylsystem landen, haben wir ein Problem – für die Menschen, die Schutz brauchen. Deshalb werde ich für Menschen aus Ländern mit kaum einer Chance auf Asyl die 24-Stunden-Verfahren einführen. Wir haben diese in Zürich erfolgreich getestet und werden diese nun in der ganzen Schweiz einführen.

Wir wollen dabei die Verfahren massiv beschleunigen, die wichtigsten Verfahrensschritte erledigen wir in 24 Stunden. Wenn wir dabei aber feststellen, dass wir die Verfahrens-Rechte der Betroffenen nicht garantieren können, dann lösen wir das natürlich. Denn – wie gesagt: Das Recht auf ein faires Verfahren gilt. Ein anderes Problem ist die Gewalt in den Asylzentren. Alleine in Chiasso musste die Polizei im letzten Jahr 174-mal intervenieren, wegen Vorfällen unter den Asylsuchenden im Asylzentrum. Das ist ein Problem.

Mehr machen müssen wir auch für die unbegleiteten Minderjährigen: In Chiasso starten wir deshalb ein Pilotprojekt für eine schulische Betreuung der 16- und 17-Jährigen und damit für eine bessere Integration.

Doch echte Solidarität gibt es nicht einfach so. Solidarität braucht politischen Boden und Legitimation. Sie wächst aus der Gesellschaft heraus. Darum müssen wir den Menschen sagen, was wir tun und warum. Das ist mir als Bundesrat wichtig: Wir müssen Probleme benennen und erklären, wie wir sie lösen wollen. Wir müssen alle mitnehmen und entschlossen handeln. Nur so können wir Solidarität und Freiheit verteidigen. «But in order to face risks we have to take risks – together. This is what Europe has always done.»

Das sagte die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, am WEF in Davos. Ich glaube, sie hat recht. Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, auch mehr Europa wagen! Angesichts grosser Herausforderungen ist Europa zusammengerückt. Gemeinsame Werte und Interessen werden erkennbar, Verbindendes wichtiger als Trennendes. Und wir sind geografisch mittendrin.

Europa hat einen beeindruckenden Leistungsausweis. Historisch, als Friedensprojekt, genauso wie jüngst: Die EU ist in beeindruckendem Tempo daran, sich von Putins Gas zu befreien. Die EU hat eben erst 50 Milliarden für die Ukraine gesprochen. Auch im Klimaschutz und sogar bei sozialen Fragen wie dem Mindestlohn geht die EU voran. Die EU ist längst nicht perfekt. Sie hat Hochs und Tiefs erlebt, aber stetig Fortschritte erzielt. Kaum ein Land profitiert davon mehr als die Schweiz, als wir Schweizerinnen und Schweizer.

Mais plus encore que ses accomplissements, c'est le potentiel de l'Europe qui est impressionnant : ce qu'elle pourrait être, ce qu'elle peut devenir. Aidons ce potentiel à se réaliser. Faisons entendre notre voix là où les décisions se prennent. Avancer ensemble est la meilleure réponse face aux grandes crises. Et pour cela, il faut que la Suisse trouve le courage

et la confiance en soi nécessaires pour s'engager dans des négociations avec l'Union européenne.

Es braucht uns: Mehr Solidarität, mehr Mitsprache, mehr Europa – alles, was Diktatoren und Autokraten verabscheuen. Genau wie ihre heimlichen und unheimlichen Bewunderer. Um es zu wagen und zu schaffen, braucht es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Braucht es den sozialdemokratischen Geist. Wir wissen, dass wir grosse Herausforderungen nur gemeinsam meistern. Aber vor allem wissen wir, dass wir sie meistern wollen und meistern können. Das gibt Zuversicht. Eine Wende ist immer eine Chance. Auch eine Zeitenwende.

Apropos Chance und Europa: Damit sind wir wieder bei dir, lieber Alain.

Falls du Generalsekretär des Europarates wirst – was wir natürlich alle hoffen – wärst du in einer ganz besonderen Situation: Plötzlich verhandelst du über den EU-Beitritt. Die EU will nämlich Mitglied des Europarats werden. Die verhandeln mindestens schon so lange wie wir. Vielleicht haben sie auch schon ein Verhandlungsmandat. Bestens gerüstet für diese und andere Herausforderungen wärst du. Vielen Dank für deine grosse Arbeit in den letzten zwölf Jahren. Was du geleistet und ausgehalten hast, ist schlicht unglaublich.

Du nimmst deinen Hut (setzt sich ein blaues Europa-Käppi auf). Und ich ziehe meinen Hut vor dir und dem, was du geleistet hast. (Übergibt das Käppi) Und schenke dir eine Kappe. Es ist kein Borsalino, aber trotzdem wie gemacht für dich: ideal für mehr Freizeit und gleichzeitig auch «Europarats-tauglich». Und noch etwas, weil du jetzt für deine Wahl am Weibeln bist: Basler Läckerli kann ich wärmstens empfehlen. (übergibt Basler Läckerli). Von Herzen alles Gute, lieber Alain!

11. Rede Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Avant d'aborder les dossiers actuels liées à mon département, je souhaite, tout particulièrement en étant ce jour à Genève, rendre hommage à Cornelio Sommaruga. « Il y a 129 ans, les Etats s'étaient réunis pour la première fois à l'initiative du fondateur de la Croix-Rouge et du Conseil fédéral, pour adopter la première Convention de Genève. Aujourd'hui, dans cette même ville, cette Conférence doit se sentir l'héritière d'un devoir moral. Au nom des victimes innombrables des conflits, les Etats ne peuvent plus s'y soustraire. Ils doivent au contraire faire figurer ce devoir au centre de leurs préoccupations politiques permanentes et au cœur de leurs responsabilités. » Cornelio Sommaruga a prononcé ces mots inspirants et engageants ici à Genève en 1993. Ces mots résonnent avec une intensité et une profondeur particulière dans le contexte actuel, de guerre en Ukraine et de ré-embrasement au Proche-Orient. Ses mots nous appellent à notre devoir en matière de promotion de la paix, dans le respect du droit international humanitaire et des conventions de Genève. Cornelio Sommaruga, une personnalité forte, infatigable, insatiable dans son aspiration à ce que le monde politique prenne ses responsabilités, une personnalité qui montre la force de l'engagement individuel et collectif.

Chères et chers camarades,

Ce temps des votations, notamment dans le cadre de la campagne pour une 13ème rente AVS ; cet exercice particulier, intimement lié à notre démocratie directe, n'est pas simple à vivre pour le parti, je le sais et nous aurons à y faire face à plusieurs reprises cette année.

S'il y a bien une personne ici qui saisit et connaît cet exercice difficile de porter une politique sociale forte, tout en respectant les exigences de notre système politique, c'est Alain Berset, à qui je me réjouis d'adresser quelques mots de remerciements tout tantôt.

Je ressens comme une évidence ; en fait, je suis intimement convaincue que le parti a besoin, aujourd'hui plus que jamais, d'un conseiller fédéral et d'une conseillère fédérale solides. Et je suis certaine que Beat et moi avons besoin d'un parti fort pour nous soutenir dans les défis à venir. Car nous le savons, ceux-ci sont encore très nombreux.

Das während der letzten Wochen gewonnene Bewusstsein eines Grossteils der Bevölkerung für die sozialen Realitäten in unserem Land wird und muss andauern. Doch es reicht nicht, ein Problem zu erkennen: Man muss auch Verantwortung übernehmen und zu seiner Lösung beitragen. Darum müssen wir nun die Gelegenheit nutzen, um alle in der Schweiz vorhandenen Formen der Armut zu bekämpfen. Dank der Gewerkschaften ist die prekäre Situation von vielen AHV-Rentnerinnen und Rentnern auf die politische Agenda gerückt. Dort, wo sie schon seit langem hingehört. Dafür haben wir Linken uns immer wieder eingesetzt.

Nous vivons une période qu'il n'est pas téméraire de décrire comme sombre, mouvementée en ce qui concerne les valeurs de la démocratie et de la solidarité. En Suisse aussi, la population est confrontée à des difficultés croissantes, qui se concentrent sur la hausse du prix des logements, de l'énergie et des primes d'assurance-maladie. Pour de nombreuses personnes, de nombreuses familles, la situation est difficile, douloureuse. Sur le plan politique, nous vivons une période sensible, importante : la démocratie et le fonctionnement des institutions en Suisse, avec la nécessité de rechercher des compromis, de respecter les principes de collégialité sont exigeants. Nous vivons des moments difficiles et aujourd'hui, dans cette Suisse qui se targue volontiers de sa capacité à préserver et renforcer sa stabilité, bon nombre de certitudes sont ébranlées.

Ce constat inquiétant a aussi quelque chose de positif. Il nous oblige, en tant que société, à prendre un peu de recul, pour y regarder de plus près. Le parti socialiste est en quelque sorte un sismographe, un révélateur de ce qui se situe à l'envers du décor, là où habituellement si peu de personnes prennent le temps de regarder, d'écouter. Et que voit-on ; qu'entend-on ? Une Suisse dans laquelle plus de 300 000 femmes et hommes sont confrontés à la pauvreté, alors même qu'ils exercent un emploi.

Une Suisse dans laquelle des retraités vivent dans la précarité, redoutent de demander des prestations complémentaires, ressentant possiblement un sentiment d'échec, voire de honte, alors que c'est un droit inscrit dans la Constitution fédérale. Cette réalité, chers camarades, c'est grâce à vous et à votre engagement qu'elle apparaît sans équivoque. Face à cet engagement, je suis reconnaissante et fière d'être une femme de gauche, une conseillère fédérale engagée.

Chers camarades,

Wir pflegen seit jeher einen genauen Blick auf die Schweiz.

Darauf, wie es den Menschen in unserem Land wirklich geht. Einer, der den Balanceakt zwischen der Kraft der Vision und den Forderungen der Tagespolitik perfekt beherrscht, ist Alain Berset.

- Taktisch klug,
- mit höchster Dossier-Kompetenz,
- verlässlich,
- unaufgeregt,
- mit den Prozessen, den offiziellen und den inoffiziellen Regeln vertraut wie kaum ein Zweiter.

Cher Alain,

Sans risquer une indiscretion, je peux affirmer que nous avons, sous ta présidence en 2023, pris des décisions concernant 2'888 affaires. Ce n'est assurément pas ce nombre de dossiers qui m'a impressionnée. Non, c'est la manière de les aborder, de les contextualiser, de proposer une décision en réponse à l'actualité – mais pas seulement –, d'être attentif à inscrire la décision dans une perspective qui nous rend lisibles politiquement sur le plan national et international. Les déclarations d'amitié inconditionnelles n'existent pas, mais franchement, je t'en fais volontiers une, tu es désormais une personne qui compte pour moi, tu es juste une belle personne et je me réjouis d'ores et déjà de te retrouver lors d'une soirée au Chant du Gros.

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich habe es eingangs gesagt: Wir leben in unsicheren Zeiten.

- Auch, was den Gesellschaftsvertrag angeht.

Unsere politische Arbeit wird in den nächsten Jahren sicher nicht einfacher werden.

- Was können wir tun, dass es allen in unserem Land gut geht – auch jenen, die in ihrem Leben nicht das grosse Los gezogen haben?
- Auch den Kranken, auch den Menschen mit Behinderungen.
- Auch den Armen, den Alleinerziehenden, den prekär Beschäftigten.

Ihnen allen sind wir in unserer Arbeit verpflichtet. Sie alle brauchen unser Engagement. Wenn wir uns nicht für sie einsetzen – wer tut es sonst?

Liebe Genossinnen und Genossen

Soziale Sicherheit betrifft alle.

Schauen wir uns mal die Familien an.

Es gibt über eine Million Familien in der Schweiz.

- Sie sind sehr unterschiedlich.

- Ihre Struktur hat sich verändert, weil sich die Lebensentwürfe verändert haben.
- Väter wollen mehr Betreuungsarbeit übernehmen.

Aber das ist häufig nicht so einfach:

- Nicht alle Arbeitgebenden erlauben Pensenreduktionen und flexible Arbeitszeitmodelle.
- Nicht überall sind Kitas verfügbar und erst recht nicht erschwinglich.

Kurz: Vereinbarkeit ist oft mühsam oder gar unmöglich. Unser System muss dieser Tatsache Rechnung tragen.

Allgemein sind Benachteiligungen heute für zu viele Menschen an der Tagesordnung. Es ist eigentlich eine Banalität, aber vielen scheint es nicht klar zu sein: Nicht alle Leute in der Schweiz haben den gleichen Zugang zu einem guten, sicheren, würdevollen Leben.

Viele Menschen erleben Diskriminierung;

- Frauen haben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, weniger Lohn zu erhalten und von häuslicher Gewalt betroffen zu sein.
- Menschen mit Migrationshintergrund sind täglich von Vorurteilen betroffen.
- Menschen mit einer bestimmten Glaubenszugehörigkeit werden mit alltäglichen Feindseligkeiten konfrontiert.
- Queere Menschen erfahren immer noch täglich Ablehnung.

Das ist nicht akzeptabel.

- Alle Formen von Diskriminierungen haben keinen Platz in der Schweiz!

Chères et chers camarades,

Je ne saurais conclure sans mentionner le fait que la santé doit rester abordable pour toutes et tous. Tolérer, voire cohabiter avec une médecine à deux vitesses, c'est permettre l'émergence de deux, voire de plusieurs Suisses. Et cela, nous ne le souhaitons pas. Nous ne l'accepterons pas.

Or si tout le monde prétend voir la nécessité de réformer notre système de santé, l'ensemble des acteurs actifs dans ce secteur doivent aussi s'engager pour le bien commun et renoncer à protéger en priorité leurs propres acquis.

Nous le savons, aucune avancée sociale ne nous a été offerte ; aucune ne s'obtient par un simple claquement de doigts.

Justice, solidarité, redistribution sont les fondements d'une société juste et prospère. Nous ne devons cesser de nous engager pour les préserver, les défendre et les développer en menant les combats qui s'imposent.

- à l'heure où les inégalités se renforcent et menacent le contrat social.
- dans un monde fragilisé, clivé par la multiplication des crises.

Ces combats valent la peine : chacune et chacun a le droit de vivre dans la dignité.

Toutes et tous, et pas seulement une majorité. « La force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres », nous rappelle la Constitution fédérale.

Je m'engage pour ce plus faible. Avec convictions et détermination. Avec vous. C'est avec les mots de Cornelio Sommaruga que j'ai débutés mon propos. C'est avec eux également que je le termine, dans ces paroles visionnaires, qui font si profondément écho à notre engagement politique :

« Espoir d'un monde de paix, avec une adhésion profonde de l'être humain (...) aux principes de liberté, de justice, d'égalité et de solidarité entre tous les hommes et femmes de cette planète. Cela suppose que nous ne cherchions pas notre modèle dans la banalité qui séduit notre entourage, mais que nous ayons le courage de vivre différemment des autres. Il faudra savoir dire non à des choses que le plus grand nombre accepte et dire oui à d'autres choses que le plus grand nombre refuse ou trouve ridicule. Les voies de demain pour l'humanité seront tracées à ce prix-là ! ». (In : « la douleur de l'homme » CICR)

Je vous remercie de votre attention.

12. Parolenfassungen für eidgenössische Abstimmungen

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG): Einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS)

Tom Cassee: EFAS ist ein umstrittenes Geschäft, es gibt viele Wortmeldungen. Sollte es zu einer Nein-Parole kommen, wird der Parteitag im Anschluss darüber entscheiden, ob die SP das Referendum aktiv unterstützen möchte. Dafür bräuchte es eine 2/3-Mehrheit.

Carlo Lepori: Der Parteirat hat eine ausführliche Diskussion geführt und ist zur Empfehlung der Stimmfreigabe gekommen. Die Aufhebung der ungleichen Beteiligung von Kantonen und KK an den Gesundheitskosten ist unbestritten, aber es gibt viele Probleme in der Vorlage. Fraktion und Präsidium unterstützen die Vorlage mehrheitlich, der VPOD hat das Referendum lanciert. Es gibt gute Gründe dafür und dagegen. Zuerst hat der Parteirat sich für die Nein-Parole entschieden, danach in der Schlussabstimmung für die Stimmfreigabe. Die Entscheidung liegt nun in den Händen des Parteitages.

Martine Docourt: Die Vorlage beschäftigt das Parlament seit vielen Jahren. Das Thema ist komplex und die Zielvorgaben haben sich immer verändert. Es ist natürlich schade, dass wir erst heute dazu kommen, darüber zu diskutieren. Der Parteitag muss heute eine Feinjustierung vornehmen. Es braucht eine Harmonisierung der Kosten. EFAS ist aber keine Lösung. Das Krankenkassen-System muss reformiert werden. Die Krankenkassen müssen sich ihren Versicherten verpflichten und nicht ihren Aktionär:innen. Martine Docourt fordert, das Referendum zu unterstützen.

Baptiste Hurni: EFAS wird oft als kompliziertes Fach-Thema bezeichnet. Heute werden 55% der stationären Behandlungen vom Kanton finanziert, 45% von den Kassen. Bei EFAS soll alles gleichermassen von Kanton und Kassen finanziert werden. Das tönt nach einer sinnvollen Lösung. Im Parlament kamen aber immer mehr schlechte Elemente hinzu. Ich kann

die Reform aus vier Gründen nicht unterstützen: Die Kosten werden auf die Patient:innen überwältigt. Der Selbstbehalt für stationäre Leistungen steigt. Baptiste Hurni bringt das Beispiel einer Person, die von der Reform betroffen wäre. Wir wissen, dass heute Negativanreize bestehen, jede Leistung nach einem Kanton abzurechnen. EFAS wird keine Einsparungen ermöglichen. Baptiste Hurni bittet die Versammlung, EFAS abzulehnen.

Dominique Hausser: Die Hauptauswirkung der EFAS ist finanzieller Natur und nicht die Qualität der Dienstleistungen. Für ältere Menschen wird die Qualität der Langzeitpflege betroffen sein, zum Beispiel bei bestimmten Krebsformen. Viele Menschen gehen heute aus finanziellen Gründen nicht zum Arzt. Es würde eine zwei-Klassen-Medizin geben. Nein zu EFAS!

Rita Schmid: Die Planung und Sicherstellung der öffentlichen Gesundheitsversorgung wird durch EFAS gefährdet. Die Krankenkassen werden zu 75 % die Finanzierung übernehmen und die Steuer- und Prämienmilliarden verwalten. Damit ist eine gute, konsequente, würdige Langzeitpflege, gerade für die alternde Bevölkerung, gefährdet.

Jonas Keller lehnt EFAS ebenfalls ab. Er legt offen, dass er beim VPOD angestellt ist, hier aber die eigene Meinung vertritt. EFAS bündelt die Administration der Gesundheitskosten an eine Stelle, was eigentlich eine gute Idee ist. Man übergibt die Verwaltung dieser aber den Krankenkassen. Die Kantone sollen zwar angemessen vertreten sein, das ist aber sehr schwammig. Man droht also, die Kontrolle über 10 Milliarden Steuergelder zu verlieren. Mit EFAS sollen die Versicherten einen grösseren Teil der Langzeitpflege selbst tragen. Die Obergrenze des Selbstbehalts in Heimen fällt mit EFAS weg. Schon heute zahlen Menschen mehrere tausend Franken pro Monat für einen Heimaufenthalt, den sie brauchen – sie sind ja nicht freiwillig dort. Jonas Keller bittet die Versammlung, die Nein-Parole zu unterstützen.

Emmanuel Amos: Ich bin Präsident des VPOD Wallis. Die Prämien werden sich nicht stabilisieren mit EFAS. Mit EFAS stellen wir den Krankenkassen eigentlich eine Vollmacht aus. Das ist absurd. Das würde klare Auswirkungen auf die Qualität der Gesundheitsdienstleistungen haben und auch auf die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen. Mit oder ohne EFAS würden die Krankenkassen-Prämien bis 2040 wohl um 40% ansteigen. Seit Jahren setzen wir uns für eine Einheitskasse ein, um den Pseudo-Wettbewerb zu beenden. Wir müssen klar Stellung beziehen und EFAS ablehnen. Ausserdem sollten wir uns am Referendum beteiligen.

Jessica Jaccoud: Die Spitäler wurden in der Schweiz früher wie der Service public finanziert. Seit zwanzig Jahren hat sich das mit der KVG-Reform geändert. Jetzt findet gerade eine weitere Privatisierung statt. Die Krankenkassen wollen die Kontrolle über die öffentlichen Gelder im Gesundheitssystem. Das ermöglicht ihnen EFAS. Gerade in meinem Kanton (Waadt) wollen die Rechten nicht mehr, dass die Kantone die Spitäler mitfinanzieren. Bei der Reform vor 20 Jahren wollte die SP kein Referendum ergreifen. Heute passiert genau das Gleiche. Machen wir nicht zweimal den gleichen Fehler und kämpfen wir gegen dieses Projekt.

Elena Kasper: EFAS ist eine vielschichtige Vorlage. Die Langzeitpflege wird völlig ausser Acht gelassen. Mit EFAS droht eine Steigerung der Prämienlast. Mit diesem Szenario müssen wir rechnen, denn wir sind eine alternde Gesellschaft. Die Langzeitpflegekosten werden stärker ansteigen als die restlichen Gesundheitskosten. Im besten Fall bringt die EFAS

nichts, im schlechtesten Fall leiden die Langzeitpflegenden darunter. Das Risiko besteht, dass wir schlussendlich höhere Prämien und schlechtere Gesundheitsleistungen sowie eine weitere Zuspitzung der desaströsen Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen haben. Dieses Risiko steht in keinem Verhältnis zu den Vorteilen. Wenn die SP glaubwürdig bleiben will, darf sie sich nicht hinter die Vorlage stellen. Eine Stimmfreigabe bei einer parlamentarischen Vorlage ist gleichbedeutend mit einem JA. Deshalb muss sich die SP klar dagegenstellen.

Maria Rosa Joller: Das Pflegepersonal wurde immer wieder angesprochen. Von Anfang an war eine Forderung, die Finanzierung der Langzeitpflege in EFAS miteinzubeziehen. Es gibt gute Argumente gegen EFAS, aber es gibt auch Gründe dafür. Der Vorstand des Berufsverband SBK hat sich einstimmig dafür entschieden, sich nicht zu EFAS zu äussern. Zwei Punkte waren dabei entscheidend: Der SBK hat den parlamentarischen Prozess begleitet und viele Kritikpunkte wurden berücksichtigt. Z.B., dass der neue Tarif in der Langzeitpflege kostendeckend sein muss. Zweitens hat die Umsetzung der Pflegeinitiative für die Arbeitsbedingungen und den Fachkräftemangel Priorität. Deshalb sollten wir Stimmfreigabe beschliessen.

Barbara Gysi: Die «Ambulantisierung» im Gesundheitswesen ist eine Tatsache. Schon jetzt passiert ein Shift Richtung Prämienfinanzierung. Die Prämien werden also weiter steigen, mit oder ohne EFAS. EFAS ist keine Privatisierungs-Vorlage. Die Kantone werden das ambulante System steuern, sie können sich nicht einfach so verabschieden. Es hat eine eingebaute Sicherung, damit Prämienzahlende nicht zusätzlich belastet werden. Für die Tarife der Arbeitenden konnten wir einiges herausholen. Wir wollen die Bedingungen im Gesundheitswesen verbessern. Die Pflege wurde miteinbezogen – das macht politisch und inhaltlich absolut Sinn. Es gibt gute Gründe für EFAS, danke, dass ihr diese berücksichtigt.

Christian Dandrès: Ich bin Präsident der Gewerkschaft VPOD. Es lässt sich einfach zusammenfassen: Wollen wir den Kassen die Macht und das Geld geben und die Finanzierung von den Steuern auf die Krankenkassenprämien verlagern, was das unsozialste Finanzierungssystem ist, das die Schweiz kennt? Sicher nicht. Denn EFAS bedeutet nicht nur eine Erhöhung der kantonalen Beteiligung an der ambulanten Versorgung. Es ist auch die Halbierung der Kantonsbeteiligung an Krankenhäusern und die Halbierung der Kantonsbeteiligung an der Langzeitpflege. Die Kantone haben mit EFAS ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht. Es gibt Angriffe auf die AHV, auf das Mietrecht und das Gesundheitswesen. Das sind die drei grossen Errungenschaften der Gewerkschaften und der Linken. Das amerikanische System ist auf dem Vormarsch, und EFAS ist die entsprechende Vorlage für die Schweiz. Wir müssen EFAS ablehnen und das Referendum unterstützen.

Sarah Wyss: Vor 20 Jahren wurde ein riesiger Fehler gemacht. Es wurde von der SP damals nicht das Referendum gegen die «Verökonomisierung» ergriffen. Aber trotzdem muss nicht jede Reform bekämpft werden. EFAS ist eine sinnvolle Reform. Sie korrigiert Fehlanreize im Gesundheitssystem. Die Gegner sagen, dass die Gesundheits-Dienstleistungen in der Gefahr sind, aber das hat mit den Privatisierungs- und Vergütungsmodellen von 2009 zu tun, nicht mit EFAS. Die Kantone können ihre Kompetenzen behalten. Und ja, die Kopf-Prämien sind ungerecht, aber mit EFAS muss man nicht mit einer Prämienexplosion rechnen. Denn

der ambulante Teil wird mit Steuern mitfinanziert, das führt eher zu einer Reduktion der Prämien. Der Pflegefachverband hat Stimmfreigabe beschlossen, aber ich bitte euch, EFAS anzunehmen, um Fehlanreize im Gesundheitssystem zu bekämpfen.

Empfehlung des Parteirates: Stimmfreigabe.

Zuerst werden Ja und Nein Parolen gegeneinander ausgemehrt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag befürwortet mit 213 zu 110 Stimmen bei 17 Enthaltungen die Nein-Parole.

Es wird über Stimmfreigabe abgestimmt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst die Nein-Parole.

Aufgrund der Nein-Parole wird über eine Unterstützung des Referendums abgestimmt. Für eine Unterstützung ist eine 2/3-Mehrheit nötig.

Beschluss des Parteitags: 216 Personen sprechen sich für die Unterstützung aus. Damit wird das 2/3-Mehr von 229 Stimmen verpasst. Der Parteitag entscheidet sich somit gegen die Unterstützung des Referendums.

Volksinitiative der Mitte «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» (Kostenbremse-Initiative)

Samuel Bendahan: Die SP hat einen Plan ausgearbeitet gegen die enorme Erhöhung der Gesundheitskosten. Gegen die explodierenden Kosten zu kämpfen, heisst nicht, die Qualität in der Pflege zu senken. Während die Prämien steigen und die Kaufkraft schwindet, kann man sehen, wie sehr pharmazeutische Unternehmen oder einzelne Akteur:innen im Gesundheitswesen profitieren. Hier muss unsere Position klar sein: Wir können nicht auf der einen Seite eine Deckelung der Prämien fordern und auf der anderen nichts gegen die steigenden Kosten tun. Deshalb: Sagen wir ja zu dieser Initiative und limitieren diese Profite.

Sarah Wyss: Wenn alles stimmen würde, was ihr Vorredner gesagt hat, würde sie die Initiative auch annehmen. Doch das Parlament würde dafür sorgen, dass nicht dort gespart wird, wo Profit gemacht werden kann, weil ja genau dort Gewinne abgeschöpft werden können. Die Initiative ist gefährlich, sie löst weder die unsoziale Finanzierung noch die teure Fehlversorgung. Wir verankern damit einen gefährlichen Automatismus in der Verfassung. Wir möchten diese Automatismen nicht, denn wir wollen aktiv politisch gestalten. Meint ihr wirklich, dass nur weil es dann in der Verfassung stehen würde, die guten Vorschläge von uns akzeptiert würden? Am Schluss würde es eine Zweiklassen-Medizin geben. Deshalb müssen wir diese Initiative dringend ablehnen. Ausserdem: Die Mitte unterstützt unsere PEI auch nicht.

Nicola Siegrist: 50% weniger als der Schnitt der OECD-Länder bezahlt der Schweizer Staat an die Gesundheitskosten. 60% der Gesundheitskosten zahlen wir in der Schweiz privat. Das ist das Problem bei den Gesundheitskosten. Es braucht mehr öffentliche Gelder. Die SP ist die Partei, die konsequent dafür kämpft und das benennt. Die Rechten wollen das

nicht. Sie sprechen lieber über Pseudo-Lösungen. Es gibt Fehlanreize, aber wir dürfen nicht auf die Diskussion der Rechten über die Pseudo-Lösungen einsteigen.

Florian Schveri: Diese Initiative opfert die Volksgesundheit auf dem Altar einer Pseudolösung. Der Leistungskatalog würde gekürzt, die Freibeträge würden erhöht usw. Diese Initiative würde uns die alte Leier weiterführen. Die politische Mehrheit hatte schon mehrmals die Möglichkeit, die Situation zu verbessern, hat es aber nicht gemacht. Die Mitte macht mit ihrer Initiative eine Alibi-Lösung. Die SP darf das nicht unterstützen. Bitte fasst die Nein-Parole zu dieser Initiative.

Clara Bonk: Wir haben uns im Wahlkampf die Stärkung der Kaufkraft auf die Fahne geschrieben. Die Ja-Parole zur Kostenbremse-Initiative ist damit nicht vereinbar. Es werden einseitig die Kosten gedeckelt, ohne zu sagen, wie. So ist nicht klar, ob der Bevölkerung damit geholfen ist. Wir haben bürgerliche Mehrheiten im Parlament in Bern. Bürgerliche Sparpolitik ist nie im Interesse der Bevölkerung. Gegen Kahlschläge, wie von SVP-Exponent:innen gefordert, müssen wir uns wehren. Kosteneinsparungen passieren im Interesse der Versicherungen und Konzerne, nicht der Bevölkerung. Und hier setzen wir damit unsere Gesundheit aufs Spiel. Bitte stimmt für die Nein-Parole.

Dominique Hausser: Die Gesundheitspolitik kann nicht nur von finanziellen Aspekten gelenkt werden. Es ist die verkehrte Formel und die falsche Lösung für eine gute Behandlung gegen z.B. Krebs. Es wird auch Vorbeuge-Massnahmen hemmen wie z.B. Mammographien. Gewiss gibt es Leistungen, die nicht effizient sind. Aber wenn wir offensichtlich die Leistungserbringer drannähmen, könnten wir die Leistungen verbessern und die Kosten senken. Diese Initiative hat nichts mit dem Volkswohl zu tun, sondern mit individuellen Privilegien.

Maria Rosa Joller: Der SBK lehnt diese Initiative ab. Sie hätte Auswirkungen auf uns alle und würde den Druck auf das bereits maximal geforderte Personal im Gesundheitswesen noch weiter steigern. Bei diesem System müssten Ende Jahr Patient:innen notwendige Leistungen vorenthalten werden. Treffen würden diese Rationierungen besonders ältere Menschen, Familien, Menschen mit chronischen Erkrankungen und jene, die sich keine private Zusatzversicherung leisten können. Das KVG wäre zukünftig abhängig von der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Das ist ethisch sehr fragwürdig. Viele Fachkräfte verlassen den Pflegeberuf, weil sie sich nicht angemessen um ihre Patient:innen kümmern können. Der Kostendruck würde weiter steigen. Das Ziel, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu dämpfen, ist unterstützenswert. Doch die Initiative ist der falsche Weg. Weil wir uns am Bedarf der Patient:innen orientieren müssen und nicht an den Kostenzielen. Ich unterstütze als Sozialdemokratin und als Pflegefachfrau den Antrag für die Nein-Parole.

Fabian Molina: Ich möchte die PEI im Juni gewinnen – das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Kostenbremse-Initiative ist eine PR-Übung der Mitte, die in der Realität rein gar nichts verändern würde. Deshalb müssen wir uns fragen, ob wir in diese PR-Falle reintappen oder nicht. Falls die Initiative aus irgendeinem Grund angenommen werden sollte, ergreifen wir gemeinsam mit den Berufsverbänden und den Gewerkschaften das Referendum. Wie erreichen wir taktisch das beste Resultat für unsere Initiative? Als Strategie verfolgen wir, dass wir alle Kraft in die PEI stecken und die Kostenbremse-Initiative «ignorieren» - deshalb ergreift die JA-Parole!

Valérie Piller-Carrard: Ich lade euch dazu ein, die Mitte-Initiative zu unterstützen. Es ist wichtig, dass wir die Krankenkassen-Prämien deckeln. Es ist aber auch zwingend nötig, dass die Kostensteigerung im Gesundheitswesen begrenzt wird. Wir wollen die exzessiven Preise für Medikamente senken und die Grundversorgung stärken. Wenn die Initiative angenommen wird, können wir unsere Ansätze einbringen und unsere Verantwortung übernehmen. In der Schweiz sind nicht nur die Preise für Medikamente zu hoch, sondern es werden auch zu wenig Generika verschrieben. Die Mitte-Initiative ist quasi eine Schnell-Umsetzung der Pflege-Initiative. Wir können unseren konkreten Forderungen Gehör verschaffen. Handeln wir verantwortungsvoll und senken sowohl die Krankenkassen-Prämien als auch die Gesundheitskosten.

Barbara Gysi: Wir ergreifen Partei für einen guten Service Public in der Gesundheitsversorgung. Das Kostenwachstum in der Gesundheitsversorgung zu begrenzen, heisst konkret, Leistungen für die Bevölkerung oder dann die Arbeitsbedingungen des Personals zu verschlechtern. Es wird mit der Initiative der Mitte einen massiven Druck geben auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Die Initiative wird den Zugang zur Gesundheitsversorgung stark gefährden. Starre Ausgabenbegrenzung führt zu Rationierung. Die Mitte gibt Milliarden lieber für die Armee aus als für Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen.

Mattea Meyer: Unsoziale Finanzierung und Geschäftemacherei sind unsere zwei grossen Probleme im Gesundheitssystem. Für das erste Problem (die Kopfprämie) haben wir als Lösung die PEI auf dem Tisch. Wir werden aber auch über die Kostenbremse-Initiative im Sommer abstimmen, und damit kommen wir zum zweiten Problem. Gesundheitsversorgung ist Big Business für einige wenige. Der Grundsatz, dass der prämienfinanzierte Teil nicht stärker steigt als die Löhne, ist nicht per se falsch. Aber wir dürfen das Feld nicht der Mitte überlassen, damit sie sich damit profilieren können. Mit einem Ja können wir aufzeigen, welche Lösungen es gibt (Stärkung der Grundversorgung, Stärkung der Pflege, Senkung der Medikamentenpreise etc.) – wir haben uns nicht zu verstecken. Wird die Initiative angenommen, können wir als Befürworter:innen über unsere Rezepte diskutieren. Geben wir mit einem Doppel-Ja der PEI Schub, damit wir im Sommer gewinnen. Damit die PEI durchkommt, aber gleichzeitig auch das Big Business im Gesundheitswesen gestoppt wird.

A-1 Barbara Gysi und andere: Nein-Parole zur Kostenbremse-Initiative der Mitte

Empfehlung des Parteirates: Ja-Parole.

Zuerst werden Ja und Nein Parole gegeneinander ausgemehrt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag spricht sich mit grosser Mehrheit für die Nein-Parole aus.

Nun wird die Nein Parole der Stimmfreigabe gegenübergestellt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst mit 176 zu 129 Stimmen die Nein-Parole.

Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» (Stopp Impfpflicht-Initiative)

Baptiste Hurni: Diese Initiative wurde während der Corona-Krise gestartet, mit dem Ziel, eine Impfpflicht zu verhindern. Im Text selbst kommt das Impfen aber nicht vor. Er ist doppeldeutig. Entweder man kann jeden Eingriff in die körperliche Freiheit ohne rechtliche Konsequenzen ablehnen. Damit würden Kontrollen am Flughafen oder Entnahme von DNA-Proben bei Vergewaltigungsvorwürfen nicht mehr durchgeführt. Restriktionen sind nicht grundsätzlich gegen Grundrechte. Grundrechte können mit einer gesetzlichen Grundlage eingeschränkt werden. Wenn man den Text anders liest, hat er gar keine Auswirkungen. Eine Impfpflicht besteht schon heute nicht. Mit der Initiative wird also entweder der Rechtsstaat abgeschafft oder es verändert sich gar nichts. Die Massnahmen während Corona waren nicht angenehm, aber im internationalen Vergleich sehr moderat. Eine Pandemie ist nicht die einzige Situation, in der Impfungen sinnvoll sind. Auch in der Kinderbetreuung können Anforderungen zur Impfung Sinn machen. Die Initiative ist brandgefährlich. Deshalb stimmen wir Nein.

Empfehlung des Parteirates: Nein-Parole.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst einstimmig bei wenigen Enthaltungen die Nein-Parole.

Anpassungen des Mietrechts: Untermiete (15.455) und Kündigung wegen Eigenbedarfs (18.475)

Jessica Jaccoud: Die Mietlobby möchte das Mietrecht aushöhlen. Das Ziel ist klar: höhere Mieten und höhere Renditen. Und das in einer Zeit, in der die Mieten sowieso schon massiv ansteigen. Die Vermieter können einfach Eigenbedarf anmelden und die Untermiete eingrenzen, aber sie möchten noch mehr Macht und noch mehr Mieteinnahmen. Das Machtgefälle zwischen Vermieter:innen und Mieter:innen gibt es bereits, aber es könnte noch grösser werden mit der Revision dieser Gesetze. Im Streitfall wird immer der oder die Vermieter:in gewinnen. Wir tolerieren keinen weiteren Angriff auf die Rechte der Mieter:innen und müssen Nein stimmen.

Carlo Sommaruga: In diesem Land gibt es drei soziale Skandale: dass die AHV nicht ausreicht, um menschenwürdig zu leben, übertriebene Gesundheitskosten und übertriebene Mietkosten. Viele Wohnungen sind unbezahlbar und respektieren nicht das Prinzip der Kostenmiete. Die Rechte will den Vermieter:innen erlauben, die Mieter:innen einfacher rauszuschmeissen. Der Eigenbedarf wird schon heute oft missbräuchlich verwendet, um die Wohnung neu teurer zu vermieten. Auch die Untervermietung soll erschwert werden. Denken wir an ältere Menschen, die in einer zu grossen Wohnung wohnen und Zimmer vermieten an junge Student:innen, um in der Wohnung bleiben zu können. Den Vermieter:innen ist es natürlich egal, wer in der Wohnung wohnt. Ihnen geht es nur darum, die Miete möglichst zu erhöhen. Wir müssen Nein zum Immobilien-Kapital sagen und die Mieter:innen unterstützen.

Empfehlung des Parteirates: Nein-Parole.

Es wird über beide Parolen gemeinsam abgestimmt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst bei 2 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen die Nein-Parolen.

Referendum gegen die Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)

Cédric Wermuth: Die Bürgerlichen haben bei der AHV21 versprochen, in der zweiten Säule bessere Renten für Menschen mit tiefen Löhnen und Frauen zu ermöglichen. Dieses Versprechen haben sie gebrochen. Der Effekt dieser Reform lässt sich in drei Punkten zusammenfassen: Viele Menschen werden mehr einzahlen müssen für weniger Rente, die Frauenrenten bleiben tief und die Finanzindustrie kann weiter abkassieren. So machen wir keine Pensionskassen-Politik. Im Parlament hatten wir oft keine Chance mit unseren Vorschlägen. Mit der 13. AHV-Rente und dem Referendum gegen die Pensionskassen-Vorlage bieten wir gute Lösungen. Ich bitte euch, diese Vorlage abzulehnen.

Frank Dahmke: Er spricht sich für die Reform aus. Auch er ärgert sich über die hohen Gewinne, welche die Finanzindustrie mit unseren BVG-Renten macht, und befürchtet in Altersarmut zu rutschen und dann wenig BVG-Rente zu erhalten. Trotzdem geht die Reform für ihn in die richtige Richtung. Der Umwandlungssatz muss irgendwann gesenkt werden. Es werden ausserdem mehr Menschen in das BVG miteinbezogen. Der Anstieg des BVG-Beitrags im Alter ist ein schrecklicher Anreiz gegen die Anstellung älterer Arbeitnehmer:innen. Es ist gut, dass dieser Fehlanreiz mit der Reform fällt. Er empfiehlt Stimmfreigabe.

Barbara Gysi bittet um die Nein-Parole. Die Gewerkschaften konnten einen Kompromiss aushandeln, und das wäre ein gangbarer Weg gewesen. Dieser Kompromiss wurde aber vom Kompromiss verunstaltet, und herausgekommen ist eine extrem teure Vorlage: Mehr bezahlen für weniger Rente. Deshalb haben wir das Referendum ergriffen. So eine Reform ist eine Reform auf dem Buckel von Menschen mit Tieflöhnen. Wenn Lösungen, dann primär in der ersten Säule. Deshalb kämpfen wir auch so sehr für die 13. AHV-Rente. Wenn wir beim BVG etwas ändern wollen, dann bestimmt nicht mit dieser Vorlage.

Empfehlung des Parteirates: Nein-Parole.

Zuerst werden Ja- und Nein-Parolen gegenübergestellt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag befürwortet grossmehrheitlich die Nein-Parole.

Als nächstes wird die Nein-Parole der Stimmfreigabe gegenübergestellt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst bei wenigen Gegenstimmen die Nein-Parole.

Referendum gegen den Bundesbeschluss vom 29. September 2023 über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen

Brenda Tuosto: Die Schweiz ist mit 2000 Kilometern Schienenverkehr pro Jahr und pro Person ein Zug-Land. Diese Vorlage mit dem geplanten Autobahn-Ausbau greift das an. Wir müssen den Schienenverkehr verteidigen. Um CO2-neutral zu werden, müssen wir diese Vorlage ablehnen. Wir müssen den Schienenverkehr ausbauen und fördern, auch mit tieferen ÖV-Preisen. Neue Strassen fördern nur den Auto-Verkehr. Probleme im öffentlichen Verkehr können nicht mit einem Autobahn-Ausbau gelöst werden. Die Vorlage kostet 5.3 Milliarden und entspricht nicht den Klimaschutz-Zielen der Schweiz. Dieses Geld sollten wir besser in die Barrierefreiheit des ÖV's investieren. Schützen wir unseren Boden, unsere Umwelt und unsere Städte und sagen Nein.

Lisa Mathys: Der grösste Teil der Vorlage ist auch für die SP Basel-Stadt indiskutabel. Eine Ausbaupolitik der Autobahn auf acht Spuren gehört ins Antikenmuseum. Der darin enthaltene Rheintunnel wäre aber eine Chance für Basel gewesen. Auch wir von der SP BS wurden jedoch desillusioniert. Zur Erklärung: Wir haben in Basel eine Autobahn, die Wohnquartiere durchschneidet. Gegen diese Verkehrssünde plant der Kanton jetzt sogenannte übergesetzliche Lärmschutzmassnahmen. Eine Verlegung unter den Boden wäre also eine willkommene Verbesserung gewesen, wenn der oberirdische Autobahnabschnitt dann geschlossen würde. Dazu haben wir aber weder vom Bund noch vom Kanton Zusagen erhalten. Deshalb sagen auch wir von der SP BS Nein zu diesem Autobahn-Ausbau.

Empfehlung des Parteirates: Nein-Parole.

Beschluss des Parteitags: Grosse Mehrheit lehnt die Vorlage ab.

Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien («Mantelerlass»)

A-2 Heini Glauser: Stimmfreigabe zum «Mantelerlass»

Heini Glauser (per Video) will zwei von vielen kritischen Bereichen des Mantelerlasses aufzeigen. Dieser Mantelerlass sollte von der SP Schweiz und ihren Sektionen genauer geprüft werden. Der Naturschutz bei Gewässern und Biodiversität wird abgebaut. Der Ausbau der Wasserkraft ist Bundesrat Röstis Hauptanliegen. Im Mantelerlass werden 16 Wasserkraftwerke direkt durchgewunken, und es winken grosse Subventionen. Er öffnet zudem Tür und Tor für die Nutzung von Gletschervorfeldern für die Wasserkraft. Solaranlagen auf privaten Dächern werden benachteiligt. Die Chancen sind gut, dass bis 2035 die Ziele für Solarstrom auch ohne Mantelerlass erreicht werden können.

Roger Nordmann: Wir brauchen dieses Projekt, denn es geht zu langsam voran. Wir haben Versorgungsengpässe und brauchen mehr Elektrizität, um fossile Energien zu ersetzen. Deshalb hat Simonetta Sommaruga das Ganze angestossen. Für die Versorgung im Winter – wenn die Sonne zu wenig scheint, dass der Energiebedarf mit Solarenergie abgedeckt werden kann – ist es sehr wichtig, dass wir über Wasserreserven verfügen. Die Priorität wurde folgendermassen gesetzt: 13 bestehende Staudämme werden erhöht und zwei Staudämme

werden neu errichtet. Es ist ganz klar, es müssen jetzt Fortschritte für die Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit gemacht werden. Das Referendum wurde u.a. von der Fondation Weber mit der Unterstützung der Atom-Lobby ergriffen. Es wurde bereits eine Initiative für mehr Atom-Strom lanciert. Wir müssen jetzt vorwärts machen. Noch zum Votum von Heini-Glauser: Es stimmt nicht, dass plötzlich überall Wasserkraftwerke gebaut werden würden. Wie gesagt wäre das nur an zwei Standorten der Fall – an einem davon braucht es sowieso einen Damm, da der Gletscher *wegen* der Klima-Erhitzung schmilzt. Wir brauchen dieses Stromgesetz dringend, bitte stimmt Ja.

Urs Thumm: Die Themenkommission Klima und Energiepolitik arbeitet ein fachliches Argumentarium zur Vorlage aus. Urs stellt einen Zwischenstand vor. Es sei eine gute Vorlage. Photovoltaik wird zur Hauptenergiequelle. Das sei die einzige Möglichkeit, um genug Strom in der Schweiz sicherzustellen. Strom für Mieter:innen wird 20% billiger. Der Schutz der Landschaft wird auf Augenhöhe mit den Stromerzeugungsmassnahmen betrachtet, aber die Verfahren werden beschleunigt. Das Gesetz sieht zudem Energiespar- und Energieeffizienzmassnahmen vor sowie Preisstabilisierungsmassnahmen. Es ist der Klimawandel, der die Landschaft in der Schweiz und im Rest der Welt gefährdet. Deshalb ist die Dekarbonisierung der Stromversorgung erforderlich. Die SP darf nicht mit Stimmfreigabe einfach dastehen. Urs empfiehlt deshalb, den Antrag auf Stimmfreigabe abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

Conrad Brunner: Der Mantelerlass ändert zwei Gesetze gleichzeitig. Im Parlament fand es eine grosse Zustimmung. Dieser Mantelerlass ist einmalig in der Energiepolitik. Seit 30 Jahren warten wir darauf, dass ein Gesetz sowohl die Produktion als auch die Effizienz zusammenführt. Der Mantelerlass würde die Effizienz-Richtlinie aus dem EU-Recht übernehmen. Das ist gut und hilft, die Verbrauchsziele einzuhalten. Der Wasserkraftanteil ist ziemlich klein, der grosse Teil wird, wie Roger betont hat, die Sonnen-Energie sein. Sonnen-Energie wird am schnellsten liefern, ist am billigsten und hat einen grossen Vorteil gegenüber den alten Beton-Staudämmen. Der Mantelerlass ist ein epochaler Kompromiss, und auch wenn uns nicht alle Inhalte gefallen, hat er so viele Vorteile, dass wir ihn annehmen müssen.

Empfehlung des Parteirates: Ja-Parole.

Zuerst werden Ja und Nein Parolen gegenübergestellt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag befürwortet grossmehrheitlich die Ja-Parole

Als nächstes wird die Ja Parole der Stimmfreigabe gegenübergestellt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst bei einer Gegenstimme die Ja-Parole.

13. Lancierung und Unterstützung von Initiativen und Referenden

Unterstützung der Initiative «Für eine sichere Versorgung mit erneuerbaren Energien» (Solar-Initiative)

Leo Keller: Die Subkommission Klima und Energie unterstützt die Solar-Initiative. Weil wir in den nächsten Jahren vier AKWs abstellen und den Verkehr dekarbonisieren wollen, brauchen wir 50 Terawattstunden mehr Strom. Das kann nur die Photovoltaik liefern. Sonnenstrom wird zur Hauptenergiequelle der Schweiz. Das ist kein Problem, da die Sonnen-Energie viel billiger als Wasser- oder Atomkraft ist. Aber: Der Ausbau geht viel zu langsam. Die Initiative ist relativ unklar. Die SP muss hierzu Klartext reden. Die Verantwortung für die sichere Stromversorgung liegt laut Verfassung bei den Kantonen und den Gemeinden. Das soll auch so bleiben. Es sollen nicht plötzlich die Hauseigentümer:innen dafür verantwortlich sein. Warum geht es so langsam? Kantone und Gemeinden haben versagt – selbst jene, die eine rot-grüne Mehrheit haben. Wir müssen dort, wo wir Mehrheiten haben, schon vor dieser Initiative aktiver werden. Die Subkommission will deshalb bis Mitte Jahr einen Plan vorlegen, wie in den Gemeinden der Ausbau von Photovoltaik vorangetrieben werden kann.

Oleksandr Terletsnyi: Seit zwei Jahren herrscht Krieg in der Ukraine. Putin nutzt Öl und Gas unter anderem dazu, europäische Länder zu beeinflussen. Die Nutzung von fossilen Energien führt zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und zu Umweltverschmutzungen. Es ist deshalb notwendig, ein staatliches Programm zur Förderung der Produktion von Solar- und Windenergie einzuführen. Alle sollen sich Solar-Module leisten können. Mit der Investition in erneuerbare Energie gibt es auch einen wirtschaftlichen Aufschwung im Land.

Mathilde Crevoisier: Es ist kein Geheimnis, dass die Bundespolitik nicht immer so eindeutig ist. Das neue Stromgesetz, welches wir unterstützen, sieht konkret 35 Kilowattstunden vor. Siebenmal mehr als aktuell bestehen. Dazu soll auch die Windkraft hinzukommen. Die Massnahme, dass grosse Dächer und Parkplätze mit Photovoltaik ausgestattet werden sollen, ist aber herausgefallen. Damit könnten 37 Terawattstunden gewonnen werden. Ohne gesetzliche Anordnung wird die Photovoltaik im Gebäudebereich zu wenig angewendet werden. Das Ziel ist, alle geeigneten Gebäude mit Solaranlagen auszurüsten. Das ist umso wichtiger, als die Atomlobby wieder auf dem Vormarsch ist. Es gibt ein Ungleichgewicht im Mantelerlass, weil die Rechte der Grundeigentümer:innen stärker berücksichtigt wurden. Die Solar-Initiative schafft hier Abhilfe. Ich bitte euch deshalb, sie zu unterstützen.

Empfehlung des Parteirats: Unterstützung zur Lancierung der Initiative (2/3 Mehrheit).

Beschluss des Parteitags: Unterstützung wird einstimmig beschlossen.

14. Statutarische Geschäfte

Budget 2024

Keine Wortmeldungen.

Empfehlung des Parteirats: Genehmigung des Budgets 2024.

Beschluss des Parteitags: Das Budget 2024 wird genehmigt.

Nachtragskredit zum Budget 2024

Keine Wortmeldungen.

Empfehlung des Parteirats: Genehmigung des Nachtragskredits zum Budget 2024.

Beschluss des Parteitags: Der Nachtragskredit wird genehmigt.

Bericht des Parteirats

Zur Kenntnisnahme.

15. Anträge und Resolutionen

R-1 des Parteirats: Für einen sofortigen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden im Nahen Osten!

Gegenresolution von Alice Froidevaux und anderen zu R-1 des Parteirats: Für einen sofortigen Waffenstillstand und einen gerechten Frieden im Nahen Osten!

Alice Froidevaux stellt die Resolution vor: Wir waren enttäuscht über das lange Schweigen der SP zum Massaker gegen die Zivilbevölkerung in Gaza und waren deshalb erleichtert über die Resolution des Parteirates. Sie hat aber drei Defizite. Erstens übernimmt sie teilweise historisch aufgeladene und rassistisch gefärbte Sprache, die die Angriffe der israelischen Armee rechtfertigt. Sprache ist kein Detail. Zweitens muss die Resolution den Zwischenentscheid des Internationalen Gerichtshofs zur Klage von Südafrika gegen Israel wegen Genozid erwähnen. Drittens vernachlässigt die Resolution die Demonstrations- und Wissenschaftsfreiheit sowie die vielfältige Medienberichterstattung in der Schweiz. Diese Punkte wurden in der Gegenresolution ergänzt. Wir begrüßen, dass das Präsidium diese Resolution zur Annahme empfiehlt. Damit ist es aber nicht getan. Wir müssen auf allen Ebenen für einen Waffenstillstand und für ein Ende der israelischen Besatzung kämpfen. Wir müssen das Versagen der westlichen Politik aufzeigen. Es ist nie zu spät, zu handeln. Millionen von

Palästinenser:innen sowie auch die israelischen Geiseln sind auf unsere Solidarität angewiesen.

Manuel Zwysig: Es gab keine Sitzung des Parteirats seit der Gegenresolution, welche die Parteiratsleitung aber ebenfalls unterstützt. Danke den Autor:innen. Es ist höchste Zeit, dass wir eine klare Position fassen in diesem Konflikt. Wir haben sehr lange zugewartet und dadurch auch die Unterstützung gewisser Mitglieder verloren. Es braucht eine breite Unterstützung für diese Resolution.

Fabian Molina: Es geht uns allen gleich: Wir fühlen uns machtlos, und es ist schwierig, in Worte zu fassen, was für ein Grauen und Schrecken vor Ort herrscht. Wir als SP haben die Verantwortung, alles für eine Deeskalation und eine Zweistaatenlösung zu tun. Wir haben es in einem vorbildlichen Prozess geschafft, uns auszudrücken und haben nun einen Text vorliegen, der eine gute Grundlage für die politische Arbeit bildet. Parlamentarisch sind wir so aktiv wie nur möglich. Wir als Parteitag können heute ein starkes Signal der Einheit und Solidarität aussenden. Wir lassen uns in dieser aufgeheizten Situation nicht weiter spalten, sondern ergreifen Partei gegen Diskriminierung und für die Menschenrechte und für die Menschlichkeit.

Daniel Schmid: Seit 2009 und dem Amtsantritt Netanjahus ist die einzige Politik der israelischen Regierung die Blockade des Gazastreifens und die Fortsetzung der Kolonisierung des Gebietes. Der israelische Premierminister hat sein Volk glauben lassen, dass man das Land der Palästinenser:innen stehlen und jeden ermorden kann, der sich widersetzt, und das alles ohne Gefahr. Dieses Konzept der sicheren Kolonisierung wurde am 7. Oktober durch den Angriff der Hamas zerstört. Auf der einen Seite haben wir eine terroristische Bewegung und auf der anderen Seite einen terroristischen Staat. Die Vereinigten Staaten tragen eine sehr grosse Verantwortung für diese Situation. Die sozialdemokratische Partei muss sich wieder für Gerechtigkeit einsetzen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker unterstützen. Extremisten dürfen die Debatte nicht dominieren. Ohne eine Zweistaatenlösung werden die beiden Völker nie in Frieden leben können.

Pia Holenstein: Seit ich als Menschenrechtsbeobachterin in Palästina war, kämpfe ich dafür, die Blockade und Besatzung bekannt zu machen. Seit dem 7. Oktober bombardiert Israel Gaza und entzieht den Menschen da die Lebensgrundlage. Es ist mir egal, dass Israel das nicht Genozid nennen lassen will, die Tatsachen sprechen für sich. Ich bin glücklich, dass meine SP jetzt auch zum Waffenstillstand aufruft und doppelt so froh, dass die Gegenresolution einige Fehler noch verbessert hat. Ich bin allen dankbar, die das unterstützen und hoffe, dass dieser Aufruf gehört wird.

Tim Cuénod: Mit der vorliegenden Resolution bin ich einverstanden. Ich möchte aber auf einen kritischen Punkt aufmerksam machen. Es ist richtig, einen Waffenstillstand zu fordern und die Taten von Israel, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstossen, zu verurteilen. Ich habe Mühe mit der Streichung des Satzes, der den Missbrauch der Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilder durch die Hamas verurteilt hat. Ich sperre mich dennoch nicht gegen die Überweisung der Gegenresolution, aber ich hätte diesen Satz wichtig gefunden.

Virginia Köpfli: Die Kriegstreiber dieser Welt dominieren und die Betroffenen gehen in der Berichterstattung oft unter. Das Leiden der Zivilbevölkerung hat ein undenkbares Ausmass

angenommen. Ganz aktuell steht Rafah vor einem humanitären Desaster. 1.4 Millionen vertriebene Menschen wären betroffen. Der Widerstand ist im Kern feministisch. Wir verurteilen jegliche Gewalttaten gegen Zivilbevölkerungen. Wir verurteilen Rassismus und Antisemitismus. In diesem Konflikt gibt es nur eine richtige Seite: Jene, die sich für den Frieden einsetzt. Bitte nehmt die Gegenresolution an.

Jakub Walczak bedankt sich bei den Verfasser:innen für die Gegenresolution. Dass das Präsidium diese annimmt, zeigt, dass zu wenig reflektiertes Wissen und Austausch mit Betroffenen vorhanden waren. Jakub Walczak spricht sich für eine klar linke und anti-kolonialistische Haltung aus. Die aktuelle Resolution bleibt diesbezüglich selbst hinter der letzten Resolution der SP Schweiz zum Thema von 2010 zurück. Die Situation hat sich seither verschlechtert. Der Genozid muss klar angesprochen werden. Jakub Walczak bittet die Anwesenden, beide Resolutionen abzulehnen, damit die SP eine bessere Positionierung ausarbeiten kann.

Cajal Hajibassi: Ich stehe hier als kurdische Frau, die ihr Leben von Anfang an für die Freiheit Kurdistans eingesetzt hat. Ich war Peschmerga, Flüchtling und jetzt eingebürgerte Schweizerin. Gemeinsam haben wir im Kampf in Kobane mitgemacht, wo sich die Kurd:innen heroisch gegen den Terror des IS eingesetzt haben. Im Rahmen ihrer Freiheit haben die Kurd:innen ihre Revolution gestartet. Darauf hat der Iran mit scharfer Repression geantwortet. Tausende wurden eingekerkert. 2023 hat die Organisation Iran Human Rights festgestellt, dass im Iran extrem viele Menschen im Gefängnis ermordet werden. Die Kurd:innen haben immer versucht, ihr Problem auf dialogische Weise zu regeln, aber die Verantwortlichen in der Türkei und dem Iran habe darauf immer mit Gewalt reagiert. Ein nachhaltiger Frieden im Nahen Osten ist nur möglich, wenn die Freiheit der Kurd:innen gefordert wird. Es kann nicht von einem friedlichen Nahen Osten gesprochen werden, wenn man sich nicht auch gegen die Kolonisierung der kurdischen Gebiete ausspricht. Die Kurd:innen werden immer mehr in die Ecke gedrängt. *Anmerkung: Die Rednerin wird nach mehrfacher Ermahnung wegen der Zeitüberschreitung unterbrochen.*

Carlo Sommaruga: Wenn das internationale Völkerrecht mit Füßen getreten wird, muss man das laut und deutlich sagen. Man soll nicht immer dem Narrativ Israels glauben, sondern vor Ort schauen, was wirklich passiert. Mein Vater hat mir beigebracht, für nachhaltige Lösungen zu kämpfen. Die Genfer Sektion hat im November schon klare Position zum Konflikt bezogen. Dafür bin ich dankbar. Wir verurteilen die Angriffe Israels auf Gaza. Es gibt eine Resolution und das ist wichtig. Die Resolution soll aber auch das ganze Spektrum des Themas beinhalten. Danke an Alice Froidevaux, die die Resolution korrigiert hat. Ich freue mich, dass wir heute über die Gegenresolution abstimmen und dem Parlament aufzeigen, dass es auch einen anderen Weg gibt. Israel ist ein Staat, der kein humanitäres Völkerrecht mehr einhält. Ich bin Teil der Boykott-Bewegung und möchte, dass die SP genauso handelt, wie sie es in der Anti-Apartheid-Bewegung getan hat. Gegen die UNWRA anzugehen ist, gegen die Menschen anzugehen, die diese Hilfe benötigen.

Samuel Bendahan: Es ist ein sehr emotionales Thema für mich. Ich möchte die Unterstützung des Präsidiums für die Gegenresolution nochmals darlegen. Ich danke den Mitgliedern, die die Gegenresolution eingereicht haben. Durch jede Diskussion wird unsere Partei besser. Durch Diskussionen haben wir die Kraft, die Arbeit jedes einzelnen zu verbessern. Das erfüllt mich mit Hoffnung. Das reicht aber nicht aus gegen das Gefühl des Schreckens,

wenn ich an die Opfer dieses Krieges denke. Wir müssen mit dieser Resolution einiges ins Rollen bringen und klar sagen, dass die SP auf der Seite der Opfer steht, denen auf schlimmste Art und Weise geschadet wurde. Nach der Annahme der Resolution werden wir alles tun, um die Situation zu verbessern. Ich bedauere, dass wir oft nur wenig ausrichten können, aber jedes Votum heute trägt zur Lösung des Problems bei.

Empfehlung des Parteirates zu R-1 des Parteirates: Annahme (beschlossen an der ausserordentlichen Parteiratssitzung vom 19. Januar 2024).

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz zur Gegenresolution von Alice Froidevaux und anderen: Nach eingehender Prüfung und Diskussion empfiehlt das Präsidium dem Parteitag die Annahme der Gegenresolution anstelle der ursprünglichen Resolution. Das Präsidium hat diesen Beschluss an seiner Sitzung vom 14. Februar 2024 gefasst.

Zuerst werden die beiden Resolutionen gegeneinander ausgemehrt.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag stimmt sich grossmehrheitliche bei einzelnen Gegenstimmen und Enthaltungen für die Gegenresolution aus.

Nun wird in einer Schlussabstimmung über die Gegenresolution abgestimmt.

Beschluss des Parteitags: Die Gegenresolution wird bei einzelnen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

R-2 der SP Frauen: Familien brauchen Zeit: Keine Elternzeit ohne Ausbau für beide Elternteile!

Anne-Sophie Keller: Junge Eltern machen viel durch. Monatelanger Schlafmangel, finanzielle Sorgen, keine Unterstützung der Gesellschaft. Was sie heutzutage leisten müssen – dies nach nur wenigen Wochen Auszeit – ist eine Zumutung. Dass es eine Elternzeit braucht, haben mittlerweile auch die Bürgerlichen verstanden. Aber wenn das Projekt in der neuen Legislatur auf den Tisch kommt, werden vor allem Väter davon profitieren. Für uns ist klar, eine Elternzeit können wir nur unterstützen, wenn beide Elternteile davon profitieren. Zudem fordern wir einen Pflichtteil für beide Elternteile und eine vollständige Finanzierung und Entlastung für Eltern mit geringem Einkommen. Beinhaltet ein Initiativprojekt keine Verbesserung für den gebärenden Elternteil, ist es de facto eine Abbauvorlage. So kommen wir der Gleichstellung keinen Schritt näher. Lassen wir die Mütter dieses Landes nicht im Stich.

Empfehlung des Parteirates: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Resolution wird angenommen.

Es folgt die Verabschiedung von Rebekka Wyler als Co-Generalsekretärin

Tom Cassee bedankt sich für die lehrreiche und intensive Zeit und kündigt ein Video von Jacqueline Badran an, welche fürs ganze Präsidium spricht.

Es folgt das Video von Jacqueline Badran und danach eine Standing Ovation.

Mattea Meyer dankt Rebekka Wyler. Sie habe die SP mit ihrer unermüdlichen und engagierten Arbeit geprägt. Als der Ukrainekrieg ausgebrochen ist, hat sie im Nu eine Demo auf die Beine gestellt. Sie interessiert sich ehrlich und aufrichtig für ihr Gegenüber, egal ob Bundesrat, Kantonalpolitikerin oder Neumitglied. Rebekka Wyler hat immer vermittelt, Lösungen gesucht und Antworten gefunden. Dazu überreicht Mattea Meyer ein Tagebuch voller Anekdoten von den Mitarbeitenden des Zentralsekretariats. Rebekka Wyler hat mit ihrem Wirken die Menschen in der Partei vernetzt. Sei es mit dem Aufbau des Netzwerks Kommunalpolitik, der Bildung oder dem Parteirat. Das Gesellige ist trotzdem nie zu kurz gekommen. Dazu übergibt Mattea Meyer einen Gutschein für ein Zürcher Restaurant. Als Historikerin und Kennerin der Arbeiter:innenbewegung hat sie für bessere Bedingungen auf dem Sekretariat gesorgt und die Organisationsform Holokratie eingeführt. Rebekka Wyler hat stets ein grosses Verständnis gehabt für alle Vorkämpfer:innen, auf deren Schultern wir stehen. Dazu übergibt Cédric Wermuth ihr ein historisches Abstimmungsplakat. Wir werden Rebekka Wylers Art unglaublich vermissen. Aber wir wissen, dass wir sie weiterhin als ein engagiertes Mitglied der SP-Familie haben werden. Für alles was war und was noch kommt: Danke!

Rebekka Wyler sagt, man solle nie vor dem Apéro sprechen, dann hätten alle nur noch Hunger und Durst. Sie habe sechs Jahre die Glocke bedient und will sich deshalb an die Redezeit halten. Sie bedankt sich herzlich fürs Engagement und gibt einen Wunsch mit auf den Weg: Diese Partei soll ein Zuhause für viele bleiben. Sie wird weiterkämpfen, auch wenn sie im Urnerland nun auf hartem Terrain aktiv ist.

16. Div. Mitteilungen

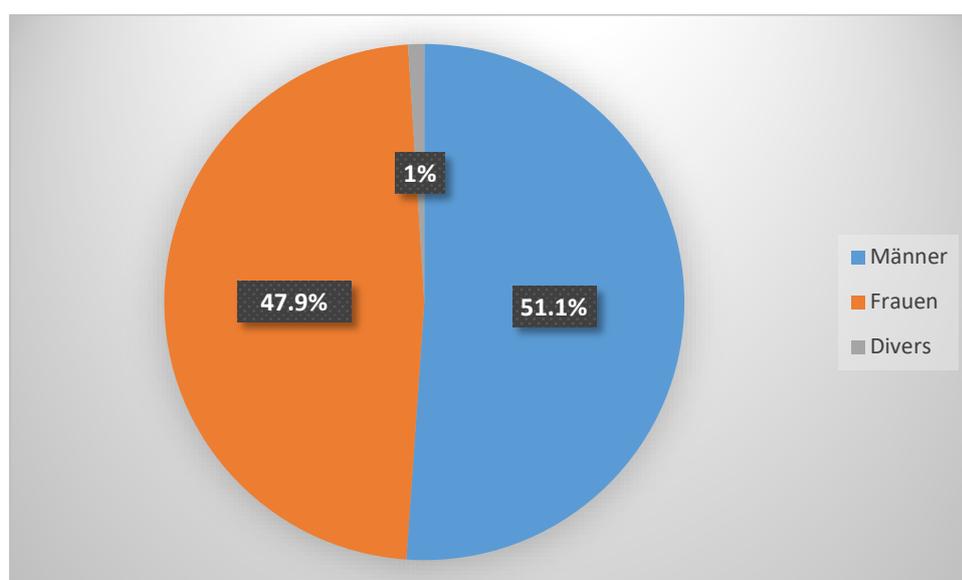
Tom Cassee dankt der SP Genf für die Gastfreundschaft und den Apéro. Er dankt den Übersetzer:innen. Er dankt Stefan Märki von x-light und seinem Team. Er dankt dem Sekretariats-Team und weist auf den zweitägigen Parteitag im Oktober in Davos hin.

Es folgt die Internationale.

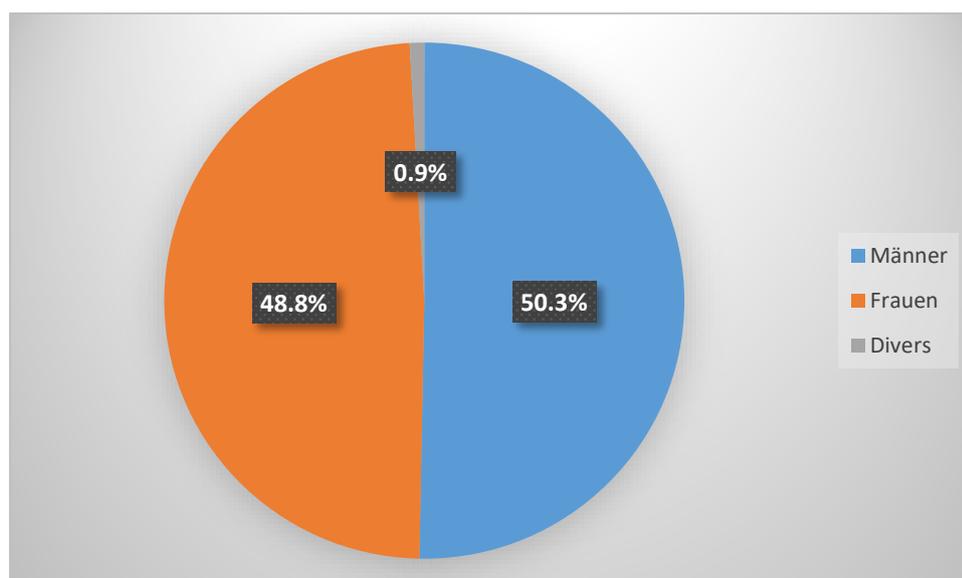
Gender Watch Protokoll

	Delegierte	Total in % Delegierte	Gäst:innen	Total Anwesende	Total in % Anwesende
Männer	206	51.1%	22	228	50.3%
Frauen	193	47.9%	28	221	48.8%
Divers	4	1%	0	4	0.9%
Total	403	100%	50	453	100%

Anwesende Delegierte

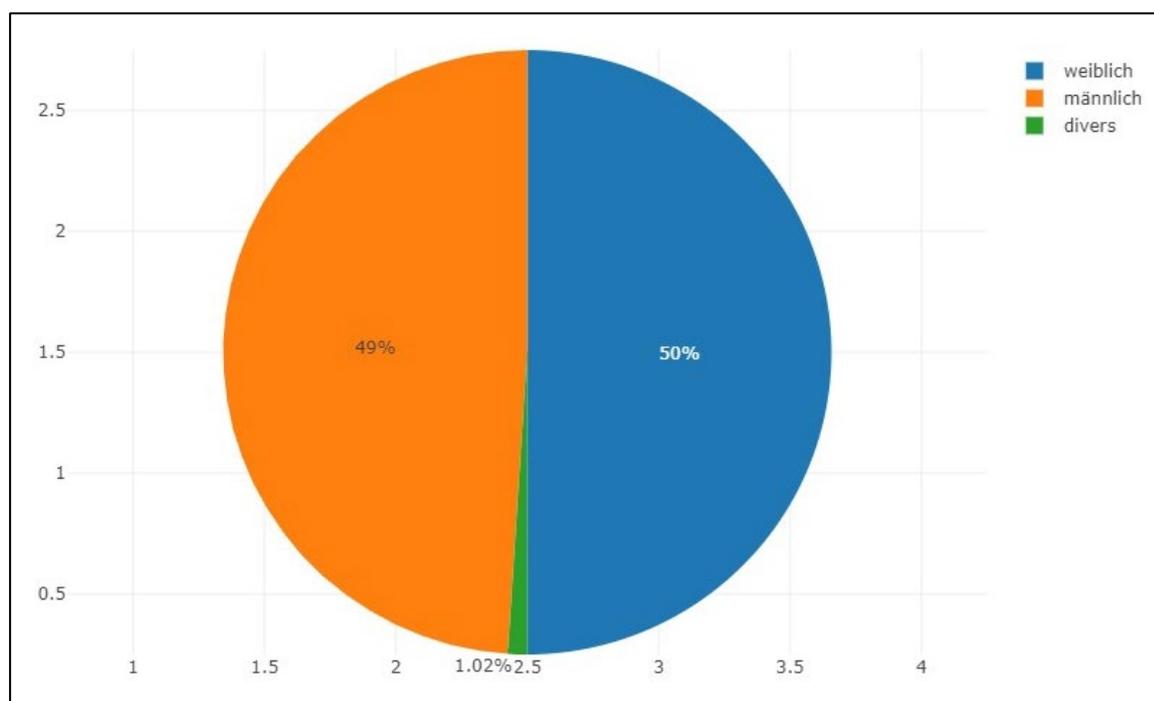


Total Anwesende

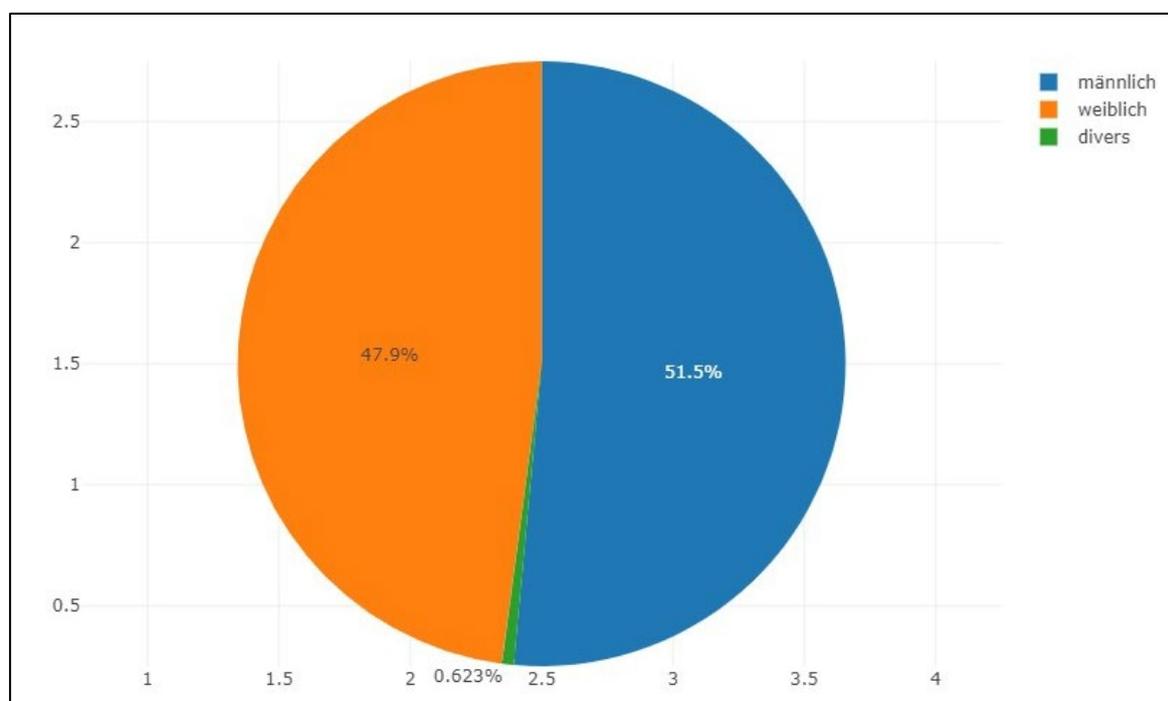


Auswertung aller Wortmeldungen

Anzahl

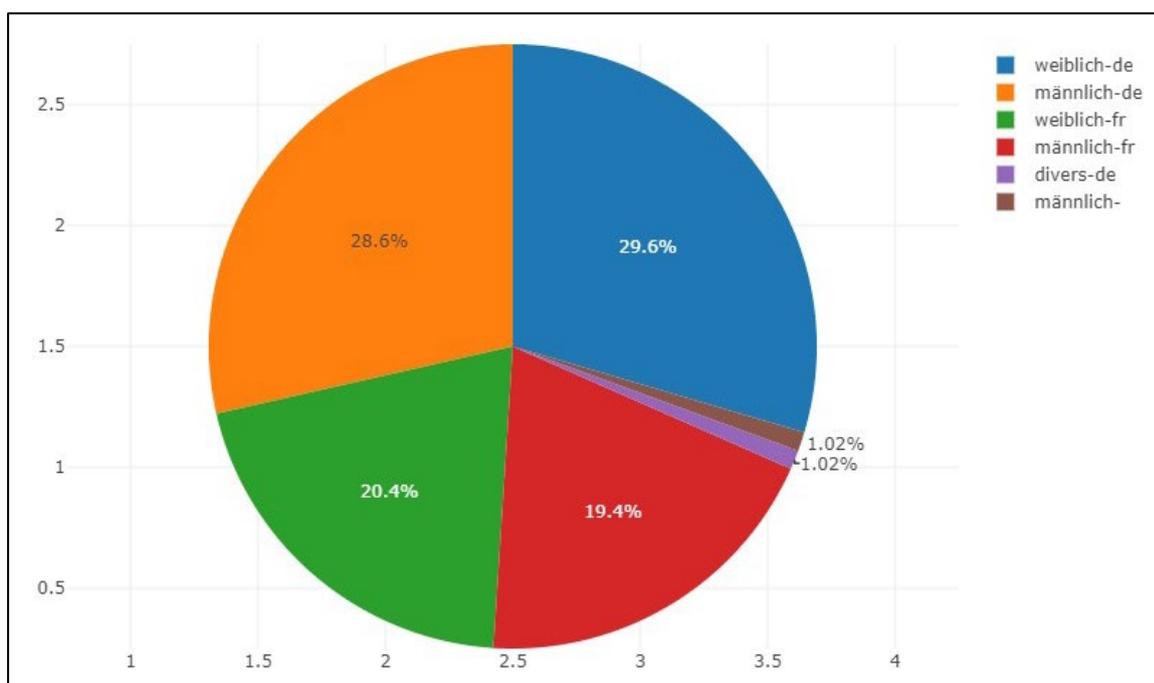


Dauer

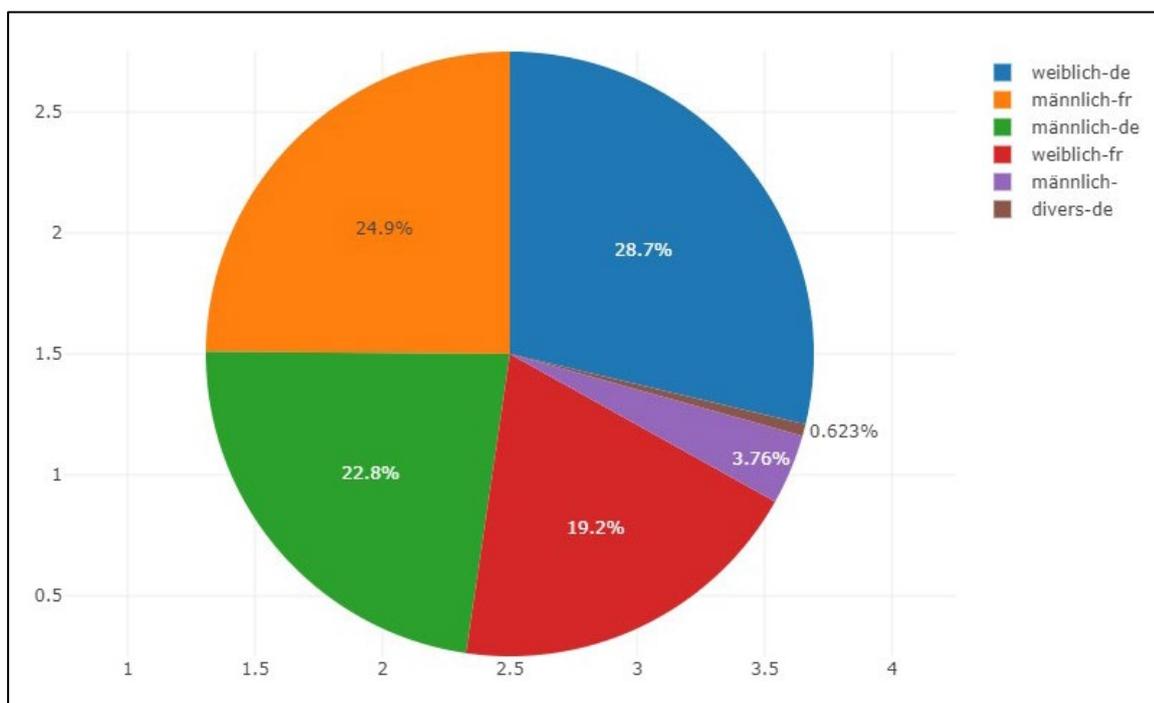


Auswertung der Wortmeldungen nach Gender und Sprache

Anzahl

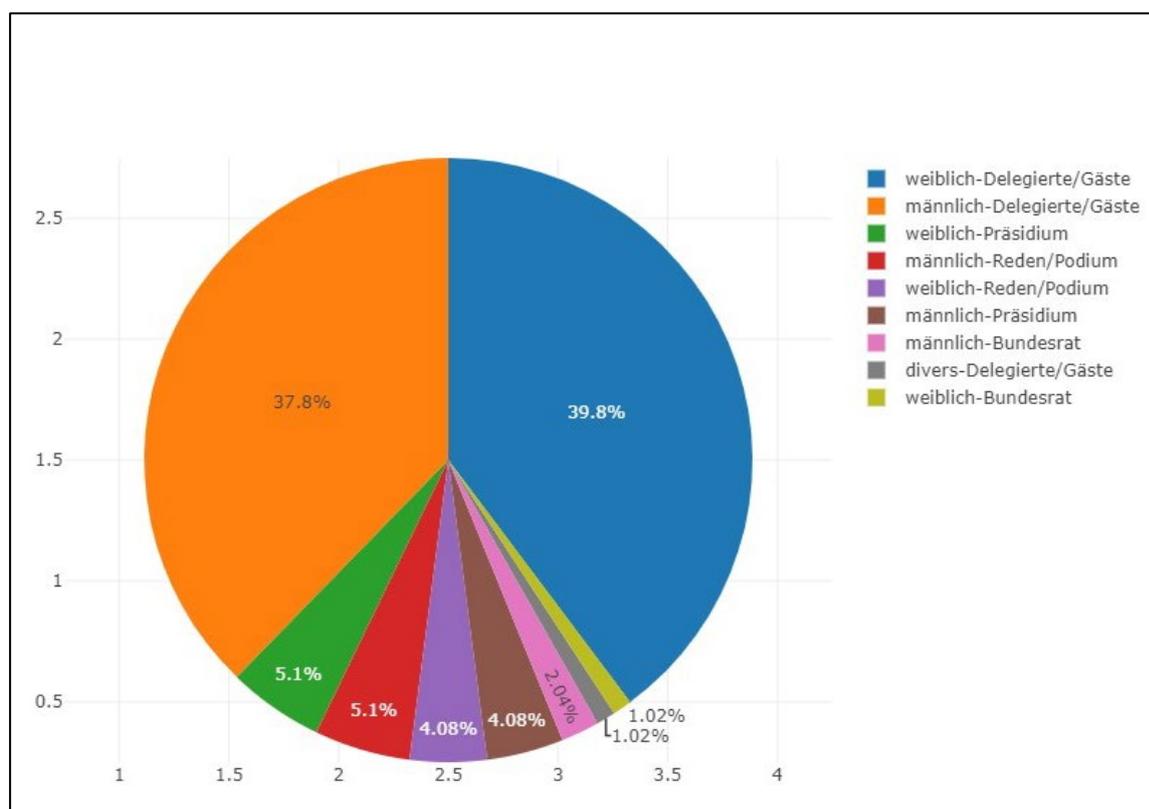


Dauer

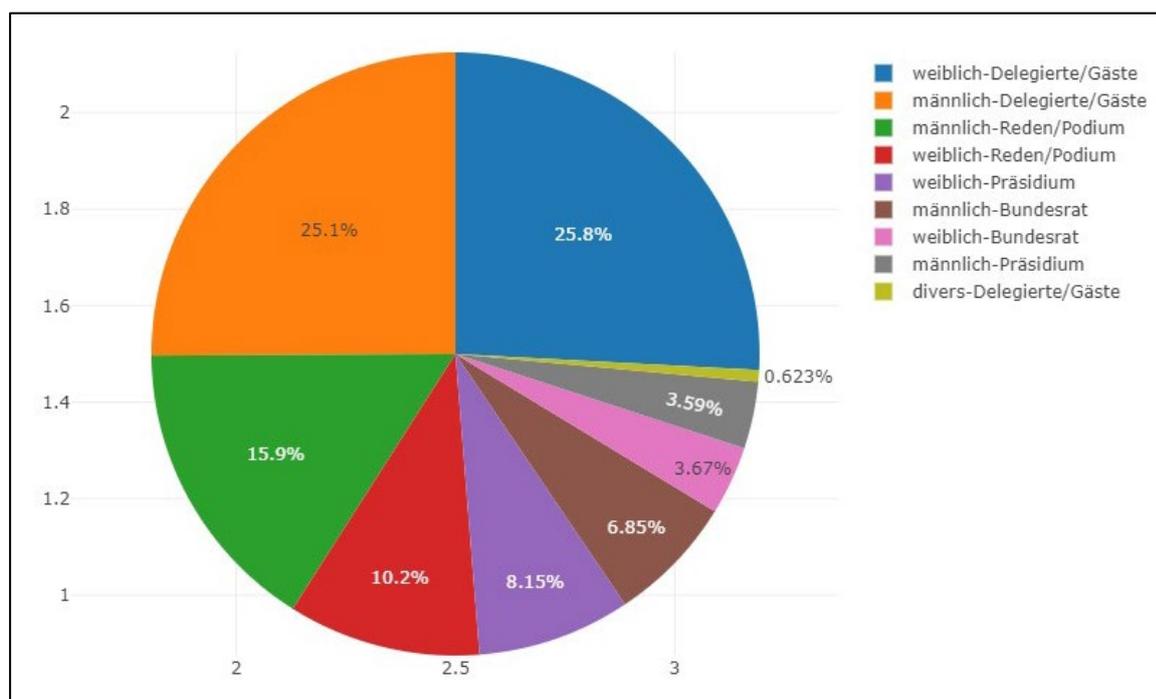


Auswertung der Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen

Anzahl

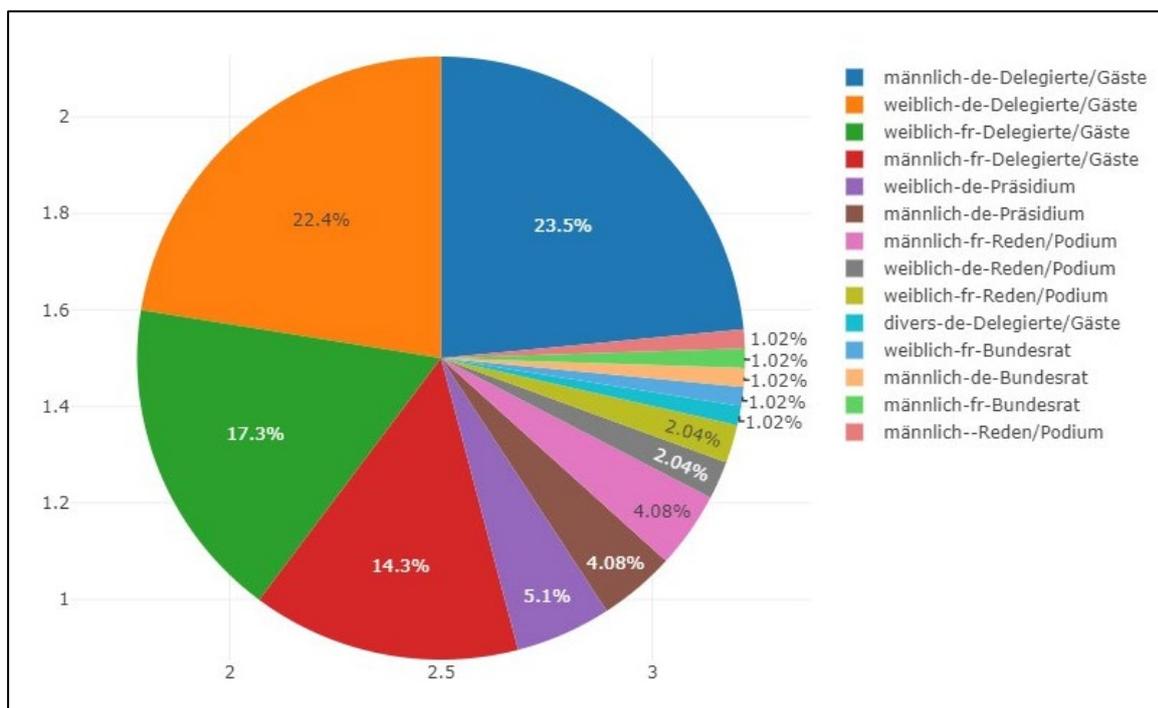


Dauer



Auswertung der Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen und Sprache

Anzahl



Dauer

